

leibt fuhr darüber. Gleich hinter ihm schwenkte eine Kolonne
Hakenkreuzler ein, die schwarze Fahnen mit dem weißen Toten-
kopfflatierte. Garantiertes Meinetod...

Es geht dem Abend zu. Um 4 und 5 Uhr wurde es lebendig
und lebendiger. Die Reihe des spärlich vorhandenen Publikums
wand sich dünn, aber endlos zu beiden Seiten der Straße. Auf
den Zugangsstraßen zwischen Villen und Gärten hörte man
militärische Kommandos. Die verschiedenen Verbände waren
angeordnet. Dann marschierten sie zur Heerstraße. Die Fahnen
wurden jetzt häufiger. Der schwarze Infanterie und die Hitler-
müße mischten sich untereinander. Eine Unruhe bemächtigte
sich der Wartenden. Nicht mehr lange, so wird der Zug ein-
laufen, der den guten Dinstel bringt. Die politische Absperrung
ist längst bewerkstelligt. Auf dem Dache des Bahnhofs Heer-
straße stehen zwei Schupooffiziere, den Feldstecher am Auge, und
halten Ausschau nach dem „Ketter vor dem Volkswindem“. In
fünf Minuten ist er da, die Ehrenschutzfrau der Republik
winkt sich zum letztenmal das weiße Kleidchen.

Wir denken daran, daß rings im Lande, weit weg von
dieser monarchistisch-republikanischen Heerstraße, die Jugendhäuser
sind, hinter deren Mauern tapfere proletarische Revolutionäre
schmachten...

Die Presse zum Einzug Hindenburgs

Allgemein feierlicher Empfang.

Deutsche Tageszeitung: Es ist ein Ereignis, an dem man
erinnern kann, daß es vom 9. November 1918 bis heute auf
dem Wege zur Wiederherstellung, zur Wiedergewinnung des
deutschen Volkes ein gut Stück hinter uns gebracht worden ist.
Die Zeiten gehören gottlob für die überwiegende Mehrheit der
Deutschen der Vergangenheit an, in denen der Stolz auf deut-
liches Weiden und deutsche Geschichte ausgelöscht schien. (1)

Der Artikel, der „Heil Hindenburg“ überschrieben ist,
schließt: Sie (die vaterländischen Kreise, die Ad.) werden auf
der Grundlage des Gegebenen den Zustand anstreben, der ihnen
im Interesse des Gesamtvolkes als der idealste erscheint...

Preussische Kreuzzeitung: Heute schweigt der Parteihaber,
denn heute hält seinen Einzug in Berlin: Deutschland. Alle
die Tugenden lehren in dem Generalfeldmarschall wieder, die
so lange verloren schienen: Treu und Glauben, Vertrauen und
Ehrlichkeit, Autorität und Disziplin... Die Hoffnung zieht dem
Generalfeldmarschall auf der Einzugsmarsch voraus, daß nun
eine andere Epoche deutscher Geschichte anbrechen möge, aus der
Vergangenheit herausgeführt, die Gegenwart gestaltend und
die Zukunft vorbereitend.

Deutsche Zeitung: Generalmajor Graf von der Goltz im
Leitartikel: „Hindenburg, wir grüßen dich!“ Der Gruß an den
einziehenden Reichspräsidenten bedeutet den Schwur der vater-
ländischen Jugend, zurückzuführen zu den alten deutschen und
christlichen Tugenden, zum Geist von Potsdam im Sinne Steins
und Bismarcks, Johns und Arnolds zu arbeiten, damit ein selb-
stloses, einfaches, mit der Natur verträgliches, starkes und einiges
junges Deutschland heranwächst. Zum Schluß schreibt er: Unser
Ziel: ein Deutschland ohne Deutschen, in dem nur Deutsche
etwas zu sagen haben und in dem der mannhafte Geist von
Tannenberg regiert.

In der „D. N. Z.“ schreibt Paul Penck: Augenblicklich sind
die drei Nationen politischer Macht im Reich: Reichsregierung,
Preussische Regierung und Reichspräsident durch das allgemeine
Wahlrecht in einem gewissen Gleichnisse verteilt; im Reich die
Rechte, in Preußen die Linke. Ueber allen beiden aber erhebt
sich die Stellung des Reichspräsidenten, beiden Richtungen in
gleichem Maße nah und fern. Das ist die neue und eigenartige
Bedeutung, die die Reichspräsidentenwahl im Reich haben wird.
In ihr gipfelt die Einheit der Nation. Als würdigen Re-
präsentanten dieser Idee, die zugleich eine Aufgabe ist, konnte
Deutschland keinen Besseren seiner Ehre finden als
Hindenburg.

Zusammenstöße am Hindenburgtag

Berlin, 13. Mai. Wir erfahren nachträglich, daß es am
Abend des Hindenburgfestes ein ganzes Anzahl von Zusammen-
stößen von roten Demonstrationen und schwarz-weißen
Nationalistenschwärmen gegeben hat. In der Wil-
helmsdorfer Straße wurde ein Arbeitertrupp umringt, es gab
eine Schlägerei; ein Arbeiter wurde verletzt. Auf dem Alexander-
platz Zusammenstöße zwischen Bismardjüngern und Arbeitern;
die promovierenden Bismardier wurden verprügelt, schließlich von
Polizeioffizieren gerettet. In Koutzeln erging es einem Bismar-
dijungler gleichfalls sehr übel, sie wurden ordentlich abge-
wachsen und verloren ihre Zähne und Abzeichen. Der Polizei-
schuß kam zu spät für sie. In Schöneberg, wo neulich ein Reichs-
hannemann von Nationalisten erschossen worden war, gab es
um Mitternacht einen schweren Zusammenstoß zwischen einem
aus Kommunisten und Reichsbannerleuten zusammengesetzten
Demonstrationstrupp mit einem Polizeiaufgebot. In sämtlichen
Arbeitervierteln Berlins herrschte bis nach Mitternacht große
Erregung. Demonstrationen marschierten unter dem Gesang
revolutionärer Lieder durch die Straßen. Die Beteiligung von
proletarischen Reichsbannerkameraden hat seit dem Wahltag
immer mehr zugenommen.

Arbeiterdemonstration gegen Hindenburg

Die Berliner Arbeiter haben gegenüber dem Aufmarsch der
schwarz-weißen und schwarz-rot-gelben Kleinbürger ihre Ar-
beiterdemonstrationen durchgeführt. Auf dem Andreasplatz,
Friedrichsplatz und Wilmersdorfer Platz sammelten sich Tausende
von Arbeitern. An verschiedenen Stellen kam es zu Zwischen-
fällen; so wurde im Westen ein würdevoller Demonstrationstrupp
mit Gewalt von der Schupo auseinandergeprengt. Im Südwesten
provokierte ein Nationalist von einem Straßen-
bahnwagen aus; er verfuhr, mit seinem Stab in den vorbeimarschierenden
Zug zu schlagen. Am Magdeburger Platz ver-
suchte die Schupo einen Zug des Roten Frontkämpferbundes
aufzuhalten, was ihr aber nicht gelang. Ein Genosse wurde
verhaftet.

Der „Vorwärts“ sabotiert die Arbeiterdemonstrationen

Die Schächer Hindenburgs, dieselben Gesellen, die Hinden-
burg während des Krieges zum Nationalheiligen erhoben, be-
ginnen auch jetzt, Hindenburg mit allen Mitteln zu deden und
zu schützen. Auf die Aufforderung der SPD. zur Gegendemon-
stration schreibt der „Vorwärts“ in einem Aufruf des Bezirks-
vorstandes der SPD:

„Die Agenten Hindenburgs! Zugleich ruft aber auch die
Kommunistische Partei zu Montagabend nach Betriebsabschluss
die Arbeiter zu sogenannten „Protestkundgebungen“ auf.
Dazu hat die Kommunistische Partei kein Recht! Die Kom-
munistische Partei hat Hindenburg gegen die Arbeiterschaft zum
Siege verholfen! Sie hat sich in diesem Falle, wie schon so oft,
als die beste Agentin des falterlichen und militaristischen
Deutschlands betätigt. Wenn sie jetzt die Arbeiter zum Kampfe
ruft gegen einen Gegner, dessen Sieg sie selber herbeigeführt
hat, so ist das nichts als eine elende Komödie, aufgeführt zu
dem Zweck, die eigene Sünde vergessen zu machen.

Bei den Arbeitern haben die kommunistischen Führer nichts
mehr zu suchen. Den Generalstreik haben sie abgeblasen. Jetzt
müssen sie auf öffentlichen Plätzen gegen den Erfolg ihrer
eigenen Taten demonstrieren!

An solchen Karrenposten teilzunehmen, ist die Arbeiterschaft
zu schade und die Lage zu ernst. Wir fordern die Arbeiterschaft
auf, sowohl den monarchistischen wie auch kommunistischem
Theater fernzubleiben.“

Die Enthaltsamkeit des „Vorwärts“ sollen die Arbeiter über
die wahre Rolle der SPD. hinwegtäuschen. Die Arbeiter wissen,
wer die Agenten Hindenburgs sind.

Der Kronprinz empfängt das Reichsbanner

Die Schwarz-Rot-Gelben kuscheln vor der Monarchie.

Der heutigen Morgenausgabe des „Dresdner Anzeigers“
entnehmen wir folgende Meldung:

„Das R. T. meldet aus Breslau: Am vergangenen Sonn-
abend und Sonntag stand Oels, der Wohnsitz des ehemaligen
Kronprinzen, unter dem Eindruck einer Kundgebung der Re-
publikaner Schlesiens. Schon am Sonnabend waren Tausende
von Reichsbannerleuten aus ganz Schlesien zur Bannerweihe
der Oelser Ortsgruppe eingetroffen. Auch der ehemalige Kron-
prinz entzog sich der Verankaltung nicht. Als in den Nach-
mittagsstunden eine Abteilung Reichsbannerleute am Schlosse
vorüberzog, stand der Kronprinz im Park und bei die Mann-
schaften näherzutreten. In der dabei geführten Unterhaltung
sprach sich der Kronprinz für eine Politik der Verständigung und
Vehrbündung der Klassen gegenüber aus und bedauerte lebhaft,
daß der unselbige Stoggenstreit die Nation noch immer in zwei
feindliche Lager spalte.“

Sie haben sich gefunden. Die schlesische Kolle des Reichs-
banners ist damit aufs neue aufgedeckt. Die schwarz-rot-gelben
Besitzer der Dames-Republik schienen sich mit den Monarchisten
aus. Während z. B. in Berlin die proletarischen Elemente des
Reichsbanners mit den roten Frontkämpfern gemeinsam gegen
die monarchistische Gefahr aktiv kämpften, laufen in Oels die
republikanisch gefärbten Reichsbanner offen zur Monarchie über.
Damit wird den Arbeitern der letzte Schleier von den Augen
gerissen und der konterrevolutionäre Charakter des Reichs-
banners aufs neue bewiesen.

Die Demokraten in voller Auflösung

Nicht Mitglieder treten aus der Fraktion aus.

Schon vor einigen Tagen gingen Gerüchte um, die von
einem Auseinanderfallen der Demokratischen Fraktion im
Reichstag zu melden mußten. Diese Gerüchte beruhen auf tat-
sächlichen Vorkommnissen, die wir heute aus parlamentarischen
Kreisen erfahren haben und berichten wollen.

Berühmte Mitglieder der Demokratischen Fraktion sind
ausgetreten und im Begriff, zusammen mit der aus der Deut-
schen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten Frau Katorine
von Oheim, eine „Liberale Vereinigung“ zu bilden. Die aus-
getretenen Mitglieder sind:

Reichswehrminister Gehler,
Graf Bernstorff,
Dietrich (Baden),
Sparzer (Nürnberg),
Wieland (Wien),
Fischer (Köln),
Fischer (Berlin),
Kopich (Breslau).

Der Senator Stuhmann (Domburg) ist ebenfalls dieser
„Liberale Vereinigung“ beigetreten, die sich in nächster Zeit
konstituieren wird.

Der Austritt dieser „Demokraten“ ist nur die politische
Manifestation für die tatsächlichen Verhältnisse. Die „Demo-
kraten“ sind praktisch erledigt; die Anhänger der schwarz-rot-
goldenen Farben kehren zu den alten schwarz-weiß-rot zurück,
(unter denen es sich dort wenigstens rentable Geschäfte machen
ließ und Deutschland „in der Welt voran“ war).

Allerdings, den Weg zur offenen Anhängerhaft an die
Monarchie können die Herrschenden noch nicht beschreiten. So
firmieren sie sich eben als schwarz-weiß-rote „Republikaner“,
um damit zu zeigen, daß sie einmal für die schwarz-weiß-rote
Reaktion sind und andererseits dem Ausland (von dem man
doch Kredite braucht) zu beweisen, daß sie für die Hohenzollern-
und langjährige degenerierte Sprößlinge nicht eintreten.

Wir glauben, daß dieser Anfang des Zusammenklappens
der „demokratischen Republikaner“ den Arbeitern, die dem
schwarz-rot-goldenen Ideal nachstarrten, über den Wert dieser
„Demokraten“ und Komplizen der Sozialdemokraten in der
Weimarer Koalition die Augen öffnen wird.

Eine neue Gumpfblaste

Köln, 13. Mai. In Bonn hat ein Prozeß gegen das Mit-
glied der Cunoregierung Dr. Müller begonnen. Mitangeklagt
ist ein Direktor der Firma Ithafen. Es handelt sich um eine
letzte Forderungssache. Der Cuno-Minister hat bereits zuge-
standen müssen, daß er von dem kromm-zentriertlichen Hypo-
thekenzinsen einmal 300.000 Mark Forderungsgelder erhalten hat.
Man erinnere sich, daß der Staatsgerichtshof z. B. den verant-
wortlichen Reaktor der roten Fahne im vergangenen Winter
zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilte, weil er diese Cuno-
regierung angeprangert hatte als das, was sie ist.

Hungerstreik in Fuhlsbüttel

Hamburg, 11. Mai. Seit heute morgen stehen in der
Festung Fuhlsbüttel die im Urbahn-Prozeß verurteilten Ge-
nossen Urbahn, Schabbe, Jenßen, Frede im
abermahligen Hungerstreik, nachdem ihnen von dem Justiz-
senator Reudecke jeder Urlaub verweigert worden war,
obwohl Frau und Kinder mehrerer Genossen schwer krank sind,
obwohl einer der Genossen keinen Ehegesundungsprozeß durch-
führen muß, obwohl die Frau eines anderen Genossen
seht ihre langjährige Festungskraft anstreben
u. h. — Dem Hungerstreik haben sich die Genossen Kuppel
und Günther angeschlossen, die nicht im Urbahnprozeß ver-
urteilt, sondern Opfer des Spihels Selbiger sind. —
Die übrigen Festungsgelungen haben eine Resolution ange-
nommen, in der den Streikenden ihre vollste Sympathie ver-
sichert wird und in der sie geloben, daß auch sie in den Hunger-
streik treten würden, falls die Genossen in ihrem Kampf zur
Erlangung ihrer Rechte nichts erreichen.

Arbeiter, unterstützt die Klassenkämpfer. Die Justiz, die
den Rappoverbrechern und den rechten Nordbuben alle Frei-
heiten gab, quält die Kämpfer des Proletariats.

Generalstreik der rheinisch-westfälischen Bauarbeiter

Köln, 13. Mai. Gestern fand in Düsseldorf eine Kon-
ferenz sämtlicher Bauarbeiterorganisationen statt, die sich mit
der Frage des rheinisch-westfälischen Bauarbeiterkampfes be-
schäftigte. Die Ablehnung des Schiedspruches durch die Un-
ternehmerorganisationen wird von den Arbeitnehmern als Pro-
vokation aufgefaßt, die nur mit sofortigem Eintritt in den

Kampf beantwortet werden können. Die Konferenz beschloß
einstimmig, den Generalstreik für das Baugewerbe in Rhein-
land-Westfalen von heute ab durchzuführen.

12 500 Metallarbeiter ausgesperrt

W. G. G. 12. Mai. Von der Aussperrung der Me-
tallarbeiter in Niederschlesien werden nach den bisherigen An-
stellungen ungefähr 12 500 Arbeiter betroffen.

Die Leipziger Stadtverordnetenmehrheit gegen die Verschlechterung der Gemeindeverordnung

Der von der kommunistischen Fraktion des Leipziger Par-
laments eingebrachte Antrag wurde nach scharfer Aussprache in
zwei Teilen zur Abstimmung gebracht. Der erste und letzte Teil
des Antrages:

„Die Stadtverordneten protestieren gegen die Verschlech-
terung der sächsischen Gemeindeordnung und verlangen vom
Sächsischen Landtag Ablehnung der Vorlage 176.“ „Dieser An-
trag ist sofort dem Landtag und der Regierung zu übermitteln“,
wurde mit den 39 Stimmen der KPD, USF, SPD, und Demo-
kraten gegen 29 Stimmen angenommen. Die zwei mittleren
Teile des Antrages: „Die schon jetzt bestehende Gemeindeord-
nung bedeutet für das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden
ein Hemmnis. Das Kollegium verlangt von den behördlichen
Zuständen Einbringung einer Vorlage zur Verbesserung der
jetzt bestehenden Gemeindeordnung an den Landtag“, wurden
begegnet mit der Mehrheit von der SPD bis zu den So-
zialisten gegen 16 Stimmen der KPD und USF, abgelehnt.
Damit hat sich der größere Teil der Wähler der Koalitions-
regierung in Leipzig gegen die reaktionären Verhandlungen
der ungenügenden Selbstverwaltung gewandt und ihr das Mit-
trauen ausgedrückt.

Arbeitermorde durch Stahlhelmbanden in Obergberg

Berlin, 12. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Stahlhelm
und Weimarer hatten in Obergberg einen Deutschen Tag organi-
siert, der mit einem Fackelzug endete. Ein Teil der Fackel-
troujünglinge begab sich nach dem Hotel „Deutsches Haus“,
Vorübergangsbau wurden in der unerschämtesten Weise belästigt.
Schon vorher hatten sich die Nationalisten vernehmen lassen,
„daß sie in Obergberg einmal gründlich aufstürmen wollten“,
Durch ihr provozierendes Verhalten forderten sie den Wider-
spruch der Bevölkerung heraus, die ihrem Unwillen über die
Kadaverbrüder in Worten Ausdruck verlieh. Darauf hatten die
Fackeltroujünglinge bloß gewartet. Sie zogen sich hinter das Haus
zurück und gaben durch die Spalten ungefähr 10-20 Schüsse
auf die draußenstehende Menge ab. Der Arbeiter Volkmar
(Mitglied des Reichsbanners) stürzte sofort tot zu Boden. Als
ihm sein Kamerad Doller beibringen wollte, wurde er gleichfalls
von mehreren Kugeln getroffen. Man brachte ihn nach dem
Obergberger Krankenhaus, wo er seinen Verletzungen erliegen
ist. Außerdem wurden die Arbeiter Ementz, der Jugendliche
Kummel und ein Krüppel Beder verletzt. — Darauf wurde der
Besitzer, Thielde, aufgefordert, die Mörderhände aus seinem
Haus hinauszuschieben. Als der Stahlhelmer gegen die Fackel-
troujünglinge vorgehen wollte, bekam er von diesen als Antwort
einen Schuß in den Leib. Thielde wurde nach dem Kranken-
haus in Eberwalde gebracht und ist bis zur Stunde noch ohne
Besserung. Der Landjäger verhaftete einen von den Schützen
Erst am Sonntag morgen traf ein Kommando der grünen Po-
lizei ein und begleitete die Fackeltroujünglinge liebensvoll nach Soule.

Das amtliche Ergebnis der französischen Gemeindewahlen

11. Paris, 12. Mai. Das Ministerium des Innern ver-
öffentlicht eine zusammenfassende Statistik über den Ausfall der
Gemeindewahlen. Danach haben erhalten:

1. in Paris: Die Linken 26 (23 vor der Wahl), die Rechte
47 (50), Kommunisten 8 (7);
2. in den Gemeinden des Seinedepartements: Linke 49 (49),
Rechte 21 (33), Kommunisten 9 (6);
3. Bezirksstreife: Linke 242 (164), Rechte 136 (214), Kommu-
nisten 1 (1).

Eisenbahnunglück in Belgien

Brüssel, 12. Mai. (Telunion.) Aus Romur wird gemeldet,
daß unweit der Stadt sich plötzlich eine Lokomotive, deren Führer
abgestiegen war, in Bewegung setzte. Der Führer bemächtigte
sich sofort telephonisch den nächsten Bahnhof, worauf die Insassen
eines dort haltenden Personenzuges zum schnellen Aussteigen
aufgefordert wurden. Bevor jedoch sämtliche Reisende den Zug
verlassen hatten, fuhr die Lokomotive in den letzten Wagen
hinein. 13 Personen wurden schwer verwundet.

Die Pleite der Damesanierung

Rom, 12. Mai. (Telunion.) Der Londoner Korrespondent
des Journal d'Italia meldet, der Reparationsagent Gilbert
habe sich in keinem vertraulichen Bericht an die Reparations-
kommission sehr pessimistisch über die Werksamkeit des Dames-
planes geäußert und dessen Ertrag auf 50 Prozent vom Vor-
anschlag berechnet.

Die englische Arbeiterpartei entsendet eine Delegation nach Sowjetrußland

London, 13. Mai. Die Arbeiterpartei hat beschlossen, die
Ablehnung der Pensionsvorlage der Regierung zu beantragen.
Sie beschloß weiter, eine offizielle russische Einladung auf Ent-
sendung einer Abordnung in diesem Sommer nach Rußland zur
Prüfung der Möglichkeiten einer Besserung des englisch-russ-
ischen Handels anzunehmen.

Die Wirkung des Damesplanes auf die englische Maschinen-Industrie

London, 13. Mai. Der Premierminister Baldwin empfing
gestern den Vollzugsauschuh der Vereinigten Maschinenbau-
arbeiter-Union und erörterte mit ihm die ungünstige Geschäft-
lage der Industrie, die zu großer Arbeitslosigkeit unter den be-
treffenden Arbeitern geführt hat, und nahm Anregungen und
Wünsche entgegen.

Rumänischer Massenprozeß

Wien, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am 11. Ver-
handlungstag des futuristischen Massenprozesses gegen die K. P.
sind 20 Angeklagte wegen Ertrankung an den Folgen des Hun-
gerstreiks nicht mehr erschienen. Der Zustand des seit zwei Wo-
chen im Hungerstreik stehenden Genossen Dobroshano ist auch
weiterhin gefährdet. Unter dem Druck der im Hungerstreik aus-
stehenden Genossen dürfte das Militär die Entlassung sämt-
licher Angeklagten verfügen. Der Prozeß geht aber trotz der
schweren Erkrankung fast sämtlicher Angeklagten weiter. Der
französische Anwalt Fouquier, der nach Ausweisung des Prager
Anwaltes Dr. Stein und des Wiener Anwaltes Genossen Schön-
hof die Bewilligung erhalten hatte, als Rechtskonsulent (nicht
Verteidiger!) der Verhandlung beizumohnen, wurde am 9. Mai
ausgewiesen und abgehoben.

„Was nützt mir ein schöner Garten...?“

Das Märchen vom „Volksbad Elster“

Eines der schönsten und heilkräftigsten Bäder, die wir kennen, ist wohl das Staatsbad Elster im Vogtland. Seine Lage zwischen dunklem Nadelholzwald und prächtigen Wiesentälern, die von zahlreichen Bächen unterbrochen sind, ist aber nicht sein einziger Vorzug. Fünf Trinkquellen und zehn Bäderquellen, verbunden mit einem ausgeglichenen Klima, würden vielen tausenden kranken und bedürftigen Menschen Wege zur Heilung ihrer durch Ausbeutung ausgemergelten Körper weisen, wenn — ja wenn wir nicht in einer Kolonie des internationalen Kapitals lebten und statt kapitalistischer „Gesellschaftsordnung“ und ihrer Methoden russische Zustände — das heißt Arbeiterdiktatur — hätten. Bei unserer Betrachtung über den Kurort „Weißer Hirsch“ in Nr. 28 der „Arbeiterstimme“ vom 6. Mai d. J. zogen wir schon einmal eine Parallele zwischen deutschen und russischen Zuständen auf dem Gebiete der Sozialfürsorge, von der uns parteilose Arbeiter erklärten, daß sie zweifelsohne treffend sei. Wenn man Gelegenheit hat, mit nüchternen Augen das Staatsbad Elster nicht nur nach dem Programm der vorgeschriebenen Pflanzkultur zu betrachten, drängt sich einem zwangsläufig der Versuch eines abermaligen Vergleichs mit den „entlegenen“ russischen Verhältnissen auf. Derselbe Vergleich, der mit großem Geschrei im Landtag erklärte, aus dem Staatsbad ein großes Volksbad zu machen, hat nicht im entferntesten daran gedacht, auch nur die kleinsten Anläufe zur Durchführung dieses Versprechens auskommen zu lassen. Die Zahl der nach mannigfachen, mühseliger Arbeit von Wissenschaftlern als dort heilbar bezeichneten Krankheiten ist groß: Blutarmut, Neurosität, Schwächung des Stoffwechsels und der Blutbildung, Herzkrankheit, Gicht, Jodias, Knochenbrüche (schwere Verletzungen), all das ist anerkanntermaßen in Elster heilbar. Nun muß man sich fragen, inwieweit hat der Staat versucht, sein Bad den Arbeitern, den Angestellten und Beamten zugänglich zu machen. Eine einfache Zusammenstellung von Tatsachen beweist, daß der Staat bei dieser Erzählung vom Volksbad Elster nicht einmal bis zum „es war einmal“ gekommen ist. Die erste und charakteristischste Zusammenstellung folgt:

Im Jahre 1924 diente das Bad 12 021	
Kurgästen (also Nichtbedürftigen),	
dagegen nur 2 386	
durch die Sozialfürsorge	
Vermittelten zur Erholung.	

Also kommen auf 6 Kurgäste 1 Fürsorgeberechtigter. Damit ist der Charakter des Bades als Luxus- und Modebad gekennzeichnet. Und dabei ist es wichtig, festzustellen, daß es sich hier nicht um die Schuld der Veltung handelt, sondern ausschließlich um diejenige der Regierung, die nicht im entferntesten daran denkt, auch nur den Grundstein für das Volksbad zu legen. Der Plan der Zusammenlegung der staatlichen Heime und der Erweiterung, der die Grundlage zum Aufbau bilden sollte, ist völlig fallen gelassen worden. Man plant überhaupt keinen Ausbau der Fürsorge, und weil man für kranke Arbeiter, Angestellte und Beamte nichts übrig hat, der Epitaph des Innenministers aber Ariennummen verschlingt, zwingt man sogar der Diktation auf, das Bad rein geschäftsmäßig zu verwalten, und zwar mit der ausdrücklichen Bedingung, daß nicht nur keine Zuschüsse mehr gefordert werden dürfen, sondern daß sogar noch Gewinn abgeworfen werden soll. Und hieraus resultieren nun für die Angestellten, Beamten und vor allem für die Arbeiter dieses Betriebes untragbare Zustände. Wenn man bedenkt, daß die Lebensmittelpreise Bad Elsters höher als die Dresdens sind, eben Bäderpreise, und dabei überlegt, daß die im Bad beschäftigten Staatsbeamten und Arbeiter nach Klasse B des Staatsarbeitertarifs bezahlt werden, so kann man sich vorstellen, daß diese Zustände unhaltbar sind. Der schwache Verlust der Veltung, die Tarife in Ostklasse A aufrücken zu lassen, ist gescheitert. Wo man dann wenigstens verachtete, um einen Ausgleich für diejenigen zu schaffen, die nicht zu den Schlemmern und Modestanten gehören, durch Heranführung billiger Nahrungsmittel eine gewisse Entlastung zu ermöglichen, ist auch das von der Regierung auf Druck der Geschäftsleute von Bad Elster von der Regierung unterlagert worden. Einige Aufzeichnungen, die unter Vorbehalt nach Gesprächen mit Angestellten und im Bad Beschäftigten hatte, ergänzen dieses Bild. So verdient ein verheirateter Bademärter ganze 26 Mark in der Woche, ein Bademädchen 16,25 Mark, wobei in verheirateter, daß sie die Hochzeitsreise sei, und daß andere mit einem 12-Mark Wochenlohn nach Hause gehen. Außerdem sind die in dem Rufe der „Schmerzwidener“ stehenden Hotelbedienten zwar rein zahlenmäßig etwas besser bezahlt, aber wenn man überlegt, daß es für dieselben keinen Achtundtag gibt, so muß man feststellen, daß sie nicht besser stehen. Ein Zimmermädchen kommt zum Beispiel mit Trinkgeldern ungefähr auf 125 Mark im Monat. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß die Beschäftigung fast aller Vorgenannten nur 5 Monate im Jahre dauert, das heißt, die sogenannte Saison umfaßt. So erhält sich die Bourgeoisie auch in dem Bade, dessen Kosten das ganze Volk trägt, und dessen eigentlicher Zweck es war, den Unbemittelten Erholung zu gewähren, auf Kosten der Gesundheit der unheimlichen Schichten. Der Staat der Herren Heldt,

Müller, Bücher und Konferten, der Staat von Gnaden der Firma Morgen u. Co. kann eben dem Volke nichts bieten und kann auch nicht das geringste Versprechen den Lohnempfängern gegenüber halten, weil sein Charakter als Organ einer auf Ausbeutung der breiten Massen beruhenden Gesellschaftsordnung ihn nur zum Instrument dieser herrschenden Gesellschaftsordnung macht. Es wird also auch weiterhin kein Volksbad Elster geben. Es werden weiterhin tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten zugrunde gehen, ohne jemals den Versuch ihrer Heilung machen zu können, und das fürchterliche Kinderelend, das sich in entsetzlicher Form äußert, wird durch nichts gemildert werden. Weiter werden Kurgäste mit teuren Bädern und hohen Geldbeträgen Bad Elster ausnützen können, und die Zahl der glücklichen hundert Kinder, die in Heimboll, einer Kinderheilstätte des Professors Köhler, ihrer Heilung entgegengehen, wird nicht erweitert werden, so lange diese Gesellschaftsordnung bestehen wird. Ein ganz flüchtiger Vergleich mit den sozialen Zusammenhängen und der Bedeutung eines russischen Bades kann vielleicht dazu beitragen, auch dem uns fernstehenden die Augen zu öffnen über den ungeheuren Unterschied zwischen deutschen und russischen Zuständen, der für den objektiven Betrachter, gleich als Mensch und Wissenschaftler, zugunsten der russischen „Mishwirtschaft“ ausfällt.

In den Nischenwäldern, die Moskau umgeben, liegen die früheren Sanatorien und Villenorte der ehemals russischen Groß-Bourgeoisie. In einem Gürtel 15-20 Werst entfernt liegen sie versteckt in tiefer Waldesstille. Noch oft findet man an den Toren an vergangene Zeiten erinnernde Schilder: „Hunden und Bauern ist der Zutritt verboten!“ Sie werden nicht weggenommen, den heutigen Insassen eines der vielen Erholungsstätten an jene Tage, die bald vergessen sind. Die Zeit, die den russischen „Bauern und Hunden“ die Befreiung brachte von der Bourgeoisie gab ihnen auch das, was die Bourgeoisie ihr Eigentum nannten. Heute schwebt nicht mehr die allerschlimmste Gospodina durch die Gemäcker ihrer Datsche oder rückt sich der Fettsack eines Kaufmanns erster Gilde auf dem Liegestuhl irgendeines Sanatoriums. Heute erholen sich dort von den Wunden und Krankheiten, die ihnen der Krieg, Bürgerkrieg, die Hungersnot gebracht hat, von den Entbehrungen aus den „schönen, alten Zeiten“ die Arbeiter und Bauern. Erhalten Bäder, Medikamente, alles, was zur Herstellung ihrer Gesundheit notwendig ist. Dort treiben sie heute Sport, fahren Schlitten, rodeln.

Auch sonst hat sich vieles geändert. Die Angestellten (Klerge, Pfleger und Hauspersonal) sind in die Kategorie der Menschen aufgestiegen, brauchen nicht mehr zu trauern und zu hawenzeln vor den zahlentörenden Herrschaften. Der Ton, der jetzt dort herrscht, ist ein anderer geworden. Kranke und Pflgende sind einander gleich, sind voneinander abhängig, und sollte doch etwas Ungehöriges vorfallen, steht jedem Teil des Beschwerderecht zu beim Angestelltenrat, beim Gewerkschaftsverband oder bei der Stelle, welcher das Sanatorium vom Obersten Volkswirtschaftsrat (Abteilung Gesundheitswesen) zugesprochen wurde. Jeder Gewerkschaftsverband hat seine Sanatorien und Ferienhäuser, und zwar zur Hauptsache in denjenigen Gebieten der Sowjetrepublik, in denen die besten Heilmöglichkeiten der zunächst auftretenden Berufskrankheiten liegen. Dafür kommen in Betracht das Mosauer Gebiet mit seinem kontinentalen Klima, und vor allem der Süden, Schwarz-Meer-Strich der Ukraine (Taganrog), Krim (Jalta), Kaukasus (Sukhum und Sochi) und Hochgebirgsgebiete. Weiter ist in Aussicht genommen in Sibirien für Lungentranke große Sanatorien zu errichten.

Die Löhne für die Klerge und für das Personal werden durch die Verbände geregelt, denen sie angehören. Die Arbeitszeit beträgt wie überall in Rußland nicht mehr als 8 Stunden. Saison-Arbeit kommt nicht in Betracht, da begünstigt durch das Klima alle Sanatorien Sommer wie Winter geöffnet sind. Sollten sich durch klimatische Verhältnisse Umstellungen nötig machen, so sind sie bei dem zentral geregelten russischen Wirtschaftssystem schnell vorgenommen.

Kurpreise kennt der Arbeiter und Angestellte selbstverständlich nicht, sobald er als Kranke in ein Sanatorium kommt, sondern für ihn ist dann Fahrt und Kur frei. Für die Ferienheime sind für die Besucher die Fahrpreise bis zum 4. Teil der üblichen Tage verringert und sind die Preise in den Heimen dem Einkommen des Befreienden entsprechend. Die Zahl solcher Heime ist sehr groß. Die meisten Angestellten und Arbeiter besuchen sie während ihrer 4 Wochen Ferien. Jeder Kranke und jedem Bureau werden für jeden Sommermonat der Anzahl der beschäftigten Personen entsprechende Plätze zugewiesen.

So wirkt sich die Arbeiterdiktatur auf dem Gebiete der Sozialfürsorge aus. Wohl gibt es Kapital in Rußland, aber es wird kontrolliert durch den Staatsapparat, es wird ausgenutzt für die Förderung der Industrialisierung und zur Festigung der Macht der Arbeiterklasse.

Und alle Erfolge, alle Arbeit gilt nur einem Ziel: Licht, Luft, Sonne und damit Gesundheit allen Werktätigen!

Und nun können sich die Arbeiter, Angestellten, Beamten entscheiden für deutsche oder für russische Zustände!

Sportplatzeinweihung der „Freien Turnerschaft“

Heidenau. Am 16., 17. und 18. Mai weicht die „Freie Turnerschaft“ ihren neuen Sportplatz (an der Hauptstraße gegenüber von Köhler) ein. Am Festabend werden Empfangskommissionen stattfinden. Die Ausführungen dazu werden auf besonderer Höhe der Körperkultur stehen. Im „Deutschen Haus“ wird von der Vereinschule der „Freien Turn-, Sport- und Spielvereinigungen“ Firma unter Mitwirkung des Volkssporters Heidenau ein ausserordentliches Programm gezeigt werden. Dasselbe gilt auch für den Kommerz im „Schützenhaus“, wo die Freie Turnerschaft Heidenau ihr Festes bieten wird. Die „Freien Sänger“ Dohna und Bismarck werden die Freier verkörpern helfen.

Die Beteiligung von auswärtig ist eine gute zu nennen. Trodes, freies Leben wird bereits nach dem Wettkamp am Sonntag morgen, den nicht weniger wie 6 Spielmannszüge ausführen werden, auf dem Platz herrschen. Im bunten Reigen werden sich Turnen, Spiel und Sport die Hände reichen. Ueber 100 Wettkämpfer und Turnerinnen, Sportler und Sportlerinnen werden sich im friedlichen Kampfe messen. Zu den Freiwüchsen am Nachmittag treten über 300 Turner an, denen circa 100 Freiwüchsen folgen werden. Alles Nähere ist an den Anschlagtafeln ersichtlich. An die Einwohnerstadt Heidenau ergelbt nun der Ruf, durch Schmüden der Straßen, besonders der Festzugstraßen, das Fest mit verhönen zu helfen, aber auch, um weiteren Gästen beweisen zu können, wie groß die Sympathie der Heidenauer Einwohnerstadt für die Arbeiter-Turn- und Sportbewegung ist. Deshalb: Nehmen der Freiheit heraus! Der Festzug wird sich vom Sportplatz (Schillerplatz-Süd) bewegen durch die Karl-Marx-, Georg-, Dohnauer, Birnaer, Johann-, Albert-, Dresdner, Hädel-, Bismarck-, Bahnhofs-, Königstraße nach dem Sportplatz. Reifig wird ab Dienstag auf dem neuen Sportplatz abgegeben.

Aus den Gewerkschaften

Achtung — Bauarbeiter!

Donnerstag den 14. Mai, abends 5.30 Uhr Versammlung der Baudelegierten im „Reglerheim“, Friedrichstraße, Heiner Saal. Tagesordnung: Aussprache über Tariffragen. Nur Baudelegierte, die sich als solche ausweisen können, haben Zutritt.

Der Vorstand des Deutschen Bauergewerksbundes
Baugewerkschaft Dresden.

Kampf um die Wiederbereinigung im Baugewerbe

Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter führt den Kampf um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit im Baugewerbe. Auf der letzten Beiratsitzung wurde dies durch die folgende Entschliessung erneut bestätigt:

„Der Verbandsbeirat hat Kenntnis genommen von dem an den Bundesvorstand des Bauergewerksbundes übermittelten Vorschlag unseres Zentralvorstandes zur Wiederbereinigung des

Verbandes der ausgeschlossenen mit dem Bauergewerksbunde. Der Verbandsbeirat stellt fest, daß dieser Schritt den Beschlüssen des Verbandstages entspricht und billigt ihn.

Der Verbandsbeirat erklärt, daß der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter trotz der ablehnenden Antwort des Bundes des Bauergewerksbundes keine Beschlüsse zur Wiederbereinigung der Bauarbeiter aufrecht erhält. Um so mehr, als diese gerade jetzt nach der Wahl Hindenburgs zum Präsidenten, als ein Zeichen des Sieges der Reaktion, eine der wichtigsten Bauauswehlerorganisationen erfolgreich entgegengetreten zu können.

Der Verbandsbeirat stellt mit Genugtuung fest, daß der Einheitsgedanke bei den Zimmerleuten schon so weit durchgedrungen ist, daß der Zentralvorstand des Zimmererverbandes wenigstens den Versuch machte, auf Grund des Vorschlages des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter zwischen dem BGS und dem BdB. zu vermitteln.

Alle deutschen Bauarbeiter werden aufgefordert, gegen die Ablehnung des Vereinigungs-Vorschlages durch den Bundes-Vorstand, die gegen die Interessen der Bauarbeiter gerichtet ist, den schärfsten Kampf zu führen.

Ein Bravo den Mauern bei der Firma Kunath im „Gartenheim“ Gruna — Bauarbeiter macht's nach!

Im „Gartenheim“ Gruna haben am Dienstag früh über 80 Maurer die Arbeit niedergelegt, weil sie der brutalen Unternehmervillwär der Firma Kunath, die den Kollegen Gros gemahnt hat, begegnen wollten. Seit jirta drei Wochen arbeitete man daran, den Kollegen Gros, der sich in hiesiger Weise für die Interessen der Kollegen und des Verbandes einsetzte, loszuwerden. Zu diesem Zwecke schickte man den Kollegen G. auf ein paar Tage zur Ausheilung. Als nach acht Tagen dort die Arbeit fertig ist, verpumpt man ihn an einen anderen Unternehmer, damit auch dessen Arbeit fertig wird. Als der Kollege G. dort 5 Stunden gearbeitet hat, bringt man nach zwei Tage Lohn und sagt, daß die Papiere bereits bei der neuen Firma abgegeben und G. entlassen sei. Wirklich liebenswürdig von der Firma Kunath, „kommunistische Hecke“ loszuwerden und sich den Aufchein gibt, wenigstens gleich für Arbeit gelohnt zu haben. Nichtsdestoweniger schickte man andere Kollegen zur alten Baustelle zurück. Kollege G. ging jedoch zur Baustelle Gruna zurück und verlangte dort Arbeit. Der Vetter Urban, ein Sozialdemokrat von Osiendorfer-Orts, sagte, ohne zu grübeln: Gros, du bist entlassen, mit dir wird nichts mehr hier. Verlasse den Bau, sonst Hausfriedensbruch und Polizei holen. Aber G. ließ sich nicht abweisen, auch nicht durch evtl. Polizei. Die Kollegen beschließen dann mit 41 zu 2 in geheimer Abstimmung Einstellung von G. oder für alle herra die Papiere. Ein Versuch, Gros auf eine andere Baustelle (Gartenheim) zu schicken, wurde mit 31 zu 8 Stimmen abgelehnt und auf Wiederereinstellung in Gruna bestanden. Als dies abgelehnt wurde, erklärten sich über 30 Maurer mit dem Kollegen G. solidarisch und hielten 30. Einige Jubiläumsmaurer, darunter auch der Delegierte, Intrigant und Schmarotzer SPD, Weitzel, bewährten sich als eine treue Stütze des Unternehmers. Die Namen der wenigen anderen werden wir in den nächsten Tagen hier veröffentlichen und brandmarken als getrene Kapitalmächte, die und gereigt haben, daß sie nicht wert sind, angelpult zu werden. Das Schändlichste, was es für einen Arbeiter geben kann, ist doch, daß man einen Kollegen im Stiche läßt, der ihre eigenen Interessen vertritt. Die Kollegen, die aufgehört bei Kunath, haben einen, den einzigen Weg gezeigt, wie man dem Unternehmerrror begegnen kann. Arbeitsüberlegung, Streik, Kampf gegen dieses kapitalistische Geschmeiß. Kollegen, Bauarbeiter erkennt diesen einzigen Weg und handelt darnach. Laßt euch nicht von den Unternehmern und ihren Aneshen, den Bauführern und Polieren gefaseln. Zeigt, daß ihr stark, unbedingbar seid, wenn ihr immer und überall Hores Gehalt zeigt, diesen brutalen Ausbeutern gegenüber. Beiseitigt aber auch die Laumänner und Schmarotzer a la Pletch aus euren Reihen, denn die sind es, die immer im entscheidenden Moment auch das moralische Rückgrat, auch das Gesicht brechen. Kollegen, Bauarbeiter, sorgt dafür, daß kein Maurer bei dieser Firma in Arbeit geht. Ueber die traurige Haltung des Verbandes zu diesen Fragen, wird nach an anderer Stelle gesprochen werden müssen. Kollegen, seid einig, seid solidarisch im Kampfe gegen diese brutalen Ausbeuter.

Silbet die rote Front aller Arbeiter. Seid nicht bloß passiv, sondern werdet aktive Kämpfer für das Proletariat. Tretet ein in die kommunistische Partei. Lebt eure Zeitung, die „Arbeiterstimme“.

Heke der Volkszeitung gegen die Kommunisten

Wir nahmen in Nr. 29 der „Arbeiterstimme“ vom 7. Mai unter der Ueberschrift „Der diesjährige Gewerkschaftskongress“ in einer kurzen Abhandlung kritisch Stellung zu dem Verhalten des ADGB-Vorstandes, der es bisher noch nicht für notwendig befunden hat, die Ausdehnung des Kongresses vorzunehmen und wenigstens eine vorläufige Tagesordnung bekannt zu geben. Wir kritisierten weiter das Verhalten einiger dem ADGB angeschlossenen Organisationen, die jetzt veruchen, die Wahlen der Delegierten ohne Urwahl und unter Ausschaltung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder in ihren Vorständen oder ihren Beiräten vorzunehmen. So haben wir beispielsweise darauf hingewiesen, wie der Vorstand der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der bisher die Delegierten in Urwahl wählen ließ, beabsichtigt, die Delegierten diesmal in der Beirats-Sitzung wählen zu lassen. Diese von uns in dem Artikel festgestellten Tatsachen sind der Dresdner Volkszeitung auf die Nerven gefallen, und wie immer, wenn diesen Schmierlingen vom Bettler-Ploch der Spiegel ihrer reformistischen Freunde in den Gewerkschaften vor Augen gehalten wird, erkennen sie darin ihre eigene Frage und wissen sich nicht anders zu helfen, als mit einer wüsten Schimpfkanonade auf die Kommunisten zu heken. Das alte Lied von der „Katastrophenpolitik“ der Kommunisten, von den „Mosauer Helben“ und vom „kommunistischen Theater“ erklingt durch eine halbe Spalte. In der demagogischsten Weise verucht der Schmierfinte der Dresdner Volkszeitung den Arbeitern weiszumachen, daß es den Kommunisten nicht passe, daß der ADGB für den Monat August den Gewerkschaftskongress einberufen habe. — Welcher Arbeiter soll diesen Schwindel noch glauben? Jedes Kind weiß, daß es die Kommunisten gewesen sind, die bereits 1922 gegen den Beschluß des Gewerkschaftskongresses in Leipzig Sturm gelaufen sind, den Kongress nur alle drei Jahre abzuhalten, und die fortwährend auf die Einberufung des Kongresses gedrängt haben, was bisher von den Reformisten verhindert wurde.

Man mußte erst die Kommunisten aus den Gewerkschaften herauswerfen, mußte die Voraussetzung schaffen, damit die Tagung des Kongresses des ADGB, auf dem sich die Reformisten durch den Herauswurf der Kommunisten — den Gewerkschaften die Mehrheit sicherten, nicht durch die ihnen drohende Abrechnung für den jahrelangen Berrzt an den Interessen der Arbeiter getrübt werde. Gemach, ihr Herren von der Volkszeitung. Hoch mögt ihr in eurem Dünkel glauben, daß ihr die Mehrheit habt; die Arbeiter werden recht bald noch erkennen, wohin die Keile geht, und werden den Berrätern an der Arbeiterklasse den ihnen gebührenden Fußtritt geben.

Resolution des Zentral-Ausschusses über politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei

1. Zur Lage

Die politische Entwicklung der letzten Monate hat die Richtung der Analyse der Thesen des Januar 3. A. vollumfänglich bestätigt. Diese Analyse muß auch zum Verständnis der Situation, die sich bei den Reichstagswahlen gezeigt hat, zugrunde gelegt werden. Die politische Lage in Deutschland ist durch drei Momente gekennzeichnet: 1. Die Einigkeit der gesamten Bourgeoisie in der politischen Grundfrage: Erhaltung des Dames-Votens, 2. Fraktionskämpfe innerhalb der Bourgeoisie um den Gewinnanteil, die Wahlentscheidung und die Technik der Unterdrückung der Massen bei der Durchführung der Dames-Votens, in denen der von der Volkspartei geführte sozialistische Flügel keine Rolle spielt; 3. Depression innerhalb des Proletariats, das in seiner Masse der Stabilisierung des Kapitalismus und dem Republik-Schwund der SPD noch nicht genügend mißtraut und nur sehr allmählich wieder zum Klassenbewußtsein erwacht und nur Tagesforderungen in Bewegung gerät, von denen es spürt, daß es nicht ohne harten Kampf durchziehen kann.

1. Die Dames-Votens.

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten bedeutet nicht eine Rebellion von Teilen der Bourgeoisie gegen die Erhaltungspolitik, sondern sie ist umgekehrt ein Mittel der Bourgeoisie, die nationalistische Opposition im Kleinbürgertum zu erschüttern und alle Kreise des Bürgertums auf die Dames-Votens zu einigen. Trotz des großen Steuerüberschusses hängt die deutsche Stabilisierung von amerikanischen Krediten ab. Die Parteien des Reichstags empfehlen daher auch die unbedingte Dames-Votens. Hindenburgs Programm ist das der Volkspartei und der Luther-Regierung. Die Opposition der Reichstagsparteien gegen die Hindenburg-Kandidatur entspringt nur der Forderung, die nationalpolitische Demonstration mit allen großen Kompensationen an Frankreich bezahlen zu müssen.

An der Wahl Hindenburgs kommt aber zugleich noch stärker und unübersehbarer der Wille der Bourgeoisie zum Ausdruck, den Druck auf die werktätigen Massen zum Zwecke der vollkommenen Wiederherstellung der Reparationslasten zu verstärken. Schon jetzt, wo während des Dames-Votens der ökonomische Druck verhältnismäßig geringer ist, sucht die Bourgeoisie durch terroristische Mittel den Widerstand des Proletariats zu erschüttern. (Blutbad in Halle, Todesurteile im Leipz. Prozeß, Neuauflagen des Reichstags, Massenarrestierungen, Prozesse gegen das Reichsbanner). Die Steuerpläne der Luther-Regierung in Verbindung mit der Unternehmerrückfälle werden eine noch härtere politische Unterdrückung notwendig machen. Die Thesen dazu fähigte die Bourgeoisie durch ihre beiden Kandidaten Hindenburg und Marx an. Das ist das Hindenburg-Programm, das durch die Demagogie „Aufstieg durch den Burgfrieden“ motiviert werden soll.

Während die Bourgeoisie sich gegenwärtig mit ihrer Unfähigkeit vom Entente-Imperialismus abgefunden hat, deutet sie keineswegs daran, dauernd auf eine imperialistische Politik zu verzichten. Sie verachtet vielmehr die imperialistischen Gegenstände auszunutzen, um als Bundesgenosse einer Mindergruppe im Auftrag und in völliger Abhängigkeit von dieser wieder eine aktive Außenpolitik zu treiben und die Wiederherstellung der imperialistischen Weltstellung Deutschlands vorzubereiten. Eintritt in den Völkerbund, Mandat über Kongogebiete, Gesandtschaft) Dies ist der Sinn des Garantiepakt-Angebots, durch das einseitig das imperialistische England Deutschland gegen keinen europäischen Hauptgegner, Frankreich, ausstellen will, andererseits das ökonomisch imperialistische England Hilfe zu gewinnen und zugleich in Verbindung mit dem Beitritt zum Völkerbund auch von Frankreich durch das Angebot der Wehrhilfe gegen Sowjetrußland große Bewegungskosten ersparen zu lassen. So glaubt die Bourgeoisie die Entente-Imperialisten zu täuschen und neue Kolonialmärkte erschließen zu können. In der einseitigen Zustimmung aller bürgerlichen Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialisten, ist die hier abenteuerlichen, imperialistischen, ökonomisch imperialistischen Außenpolitik, zeigt sich am deutlichsten die Einigkeit der Bourgeoisie in den grundlegenden politischen Fragen. Die Durchführung dieser Außenpolitik erfordert die Konzentration der gesamten Staatsgewalt in der Hand der willkürlichen Agenten des Finanzkapitals. Hindenburgs Aufgabe wird es sein, die Politik durch seine Autorität als „national“ in beiden Teilen „national“ Politik in in Reichstags-englische imperialistische Politik. Die Regierung Salomon-Chamberlain spielt in ein neues Spiel und kann das Hindenburgische wie das Marxische Deutschland sowohl als Verbündeten formidieren und als Konventionellinterferenzen einleiten, wie auch als Kompensationsobjekt bei einer Einigung mit Frankreich bezuzen.

2. Die Fraktionskämpfe innerhalb der Bourgeoisie.

Die Einigkeit der Bourgeoisie in diesen Grundfragen kommt zum Ausdruck in der Luther-Regierung, in der Erklärung von Marx, daß sich keine Kandidatur nicht gegen diese Regierung richtet, in Hindenburgs positiver Schwenk. Andererseits zeigt der Reichstagswahlkampf sowie die schon manatlang andauernde Pressenkampfe, die in den Thesen des Januar 3. A. ausführlich gekennzeichnet sind und leitend noch existierender gewordenen Interessengegenstände zwischen verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie. Ein Teil des Finanzkapitals, des Handels, der Rentierindustrie und der Teil der Industrie überhaupt, der an die ausschlaggebenden Konzepte der imperialistischen Fragen geschloßen ist und daher in den wirtschaftspolitischen Fragen diese nicht allein entscheiden fallen will, sucht den Kampf des parlamentarischen Aleris und der SPD-Auswahlstrategie um die Position im Staatsapparat sowie die Opposition der im Vorse der bürgerlichen Demokratie stehenden Kleinbürger und Arbeiter für seine Interessen aus. Dieser Teil ist ökonomisch reaktionär, wie seine Widerständiger politisch reaktionär sind und ökonomisch auch schon noch die Stagnation repräsentieren. Der Kampf der sogenannten republikanischen Parteien wird entsprechend der Schwäche der realen Kräfte, die hinter ihnen stehen, rein deklamatorisch geführt, nicht zur Ausschaltung der Reichsparteien von der Regierung, sondern zur Teilnahme der Finanzparteien, namentlich der SPD an der Regierung. Ein ernsthafter Kampf zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie ist unmöglich, weil der linke Flügel der Bourgeoisie nur mit Hilfe des Proletariats den imperialistischen Flügel schlagen könnte, ein solcher Kampf aber die Abhängigkeit der Bourgeoisie überhaupt in Frage stellen würde. Marx ist kein Vertreter der imperialistischen Reaktion, sondern der „republikanischen“, und das Zentrum ist keine „republikanische“ Partei, sondern eine Partei der Schwerindustrie, welche in der „Große Koalition“ in Sachen geschickt wird, wie die SPD in die „Große Koalition“ in Sachen und Hamburg, um die „Hand im Spiel“ zu behalten. Auch die Sozialdemokraten befinden in dieser Situation ihre Bereitschaft zu jeder Koalition.

Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß die Grenzlinie zwischen Rechts- und Linksparteien nicht klar gezogen ist, daß die Gruppierung der Parteien nicht klar ist. Die Schwerindustrie und ihre Parteien werden bei einer Verhinderung der Klassenkämpfe oder bei außerpolitischen Schwierigkeiten wiederum nicht die „linke Hand“ der Bourgeoisie, die SPD, zur Niederhaltung des Proletariats verwenden. Es handelt sich also um eine reaktionäre Klasse gegenüber der Revolution und ihrer Partei, aber um Fraktionen mit realen Interessengegenständen innerhalb des „stabilisierten“ Kapitalismus. Diese Gegensätze und die durch sie erzeugten Kräfte muß die SPD zu vergrößern suchen.

3. Die monarchistische Gefahr.

Die monarchistische Konterrevolution ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Das ist eine grundlegende Tatsache der deutschen Politik, die durch die Wahl Hindenburgs besonders augenfällig wurde. Um die monarchistische Reaktion notwendig ist, richtig zu bestimmen, muß man über die Bedeutung und den Klassencharakter der monarchistischen Reaktion klar sein.

Der Konzentration des Kapitals in der Hand des Finanzkapitals und der weitgehenden Ausschaltung der freien Kon-

tervention entspricht in der Epoche des Imperialismus auf politischem Gebiete die Konzentration der Staatsmacht in der Hand einer starken Regierung mit reaktionären Tendenzen, die mit den Kräfte des Imperialismus wachsen. Diese Tendenz findet bei den imperialistischen Mächten, die sich unter großen Schwierigkeiten durchziehen oder behaupten, in eigenartigen Erscheinungen, die als „Reaktionismus“ bezeichnet werden. (Italien, Frankreich, wo ein imperialer Reaktionismus wächst, England, wo ein Reaktionismus aufkommt, Vereinigte Staaten, wo ein reaktionärer bürokratischer Militarismus Hand in Hand mit Reaktionismus arbeitet.) In Deutschland (wo ein imperialer Reaktionismus auftritt) in ihrer Abhängigkeit vom auswärtigen Imperialismus unter den schwersten Bedingungen einen neuen Schwanz-Imperialismus zu entwickeln sucht, zeigt sich diese Tendenz im Wachsen der monarchistischen Reaktion. Die monarchistische Tendenz der bürgerlichen Konterrevolution in Deutschland ist in folgenden Tatsachen begründet:

a) Die entscheidenden Positionen des Staatsapparates (Reichswehr, Reichsrat, Justiz, Polizei) sind von jeder in der Hand überlegener Monarchisten, weil die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Regierungen schon seit dem Jahre 1918 das revolutionäre Proletariat nur mit Hilfe dieser monarchistischen Gruppen niederschlagen konnten. Dabei haben die SPD und die anderen „republikanischen“ Parteien zugleich im Kampf gegen das Proletariat die Macht des Staatsapparates bis zum äußersten gesteigert, die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments auf ein Minimum reduziert (S. 18) und dadurch der monarchistischen Reaktion den Weg bereitet. Der Zwang für die Bourgeoisie, mit den monarchistischen Junkern, Offizieren und Bürokraten zusammenzuarbeiten, besteht in verstärkter Maße fort, häßt dauernd die monarchistischen Positionen und gibt dem Finanzkapital den willkommenen Anlaß, die reaktionären Kräfte, Schichten und Einrichtungen für seine Zwecke auszunutzen.

b) Die Erinnerungen an den „Glanz“ imperialistischer Traditionen Deutschlands sind mit der monarchistischen Vergangenheit ebenso verbunden, wie der Zusammenbruch des früheren deutschen Imperialismus mit der Republik. Jede monarchistische Demonstration, wie z. B. die Wahl Hindenburgs, ist für die Kleinbürger ein Symbol des Wiedererhaltens „des Reichs“, seiner gebelerten Position, der Aussicht auf „glänzende Wiederkehr der alten wehrhaften Macht“. Diese gefühlsmäßigen Zusammenhänge sucht die Bourgeoisie bewußt und planmäßig aus, um sich die Kleinbürgerklasse zu verbünden, was ihr in hohem Maße bereits gelungen ist, sowohl in der Stadt wie auf dem Lande. Da die Bourgeoisie dem Kleinbürgertum kein Brau, nichts Materielles geben kann, stützt sie die Kleinbürger mit „Idealen“, mit Feiern, mit Symbolen, mit dem Versprechen, den Glanz des Kaiserthums Barbarossa und des alten Reiches wiederherzustellen. Dieser „ideale“ Erlaß für handwerkliche Materie ist wirtschaftlich und gefährlich und kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn man die Kleinbürger gerade in Kämpfe um „Materie“ bringt.

c) Die Methoden zur Festigung der monarchistischen Ideologie, die den Staat als etwas heiliges, über den Klassen und Parteien stehendes, fester im Bewußtsein der Massen verankert, ist die wachsende Schulreaktion. Auch für die kulturelle Reaktion trägt die SPD die volle Verantwortung, da sie für die Trennung von Kirche und Schule nichts getan, sondern das Weimarer Schulprogramm abgelehnt hat. (Wum deshalb haben die schulpflichtigen Arbeiter in Marx keinen Gegenkandidaten gegen den Monarchismus leben können.)

d) Deshalb wird die monarchistische Konterrevolution in Deutschland in die lange eine ernsthafte Gefahr bleiben, als die bürgerliche Republik besteht. Die Gefahr der Restauration ist noch nicht unmittelbar akut, weil ihr folgende Tatsachen entgegenstehen:

a) die außerpolitischen Schwierigkeiten, besonders bei Frankreich. Diese dürfen jedoch nicht übersehen werden, weil England unter Umständen versuchen kann, ein monarchistisches Deutschland gegen Frankreich auszuspielen und Frankreich ein monarchistisches Experiment begünstigen würde, das zu Frankreichs Nutzen die Einheit Deutschlands verschlingen könnte;

b) der zu erwartende Widerstand der Arbeiter, der aber nicht gering zu unterschätzen ist, je mehr sich die Arbeiterbewegung der Führung der SPD anvertraut, die im entscheidenden Augenblick verläßt wird, die Arbeiter vom Kampf abzuhäufen;

c) das Fehlen eines Kandidaten, auf den sich die ganze Bourgeoisie einigen könnte. Dem stehen die starken parlamentarischen Tendenzen entgegen, und die Gefahr, den „idealen“ Paradoxismus als Ader für die Kleinbürger einzubringen, wenn der ursprüngliche Koalitionspartner einer Adermonarchie real wird.

Die verhältnismäßig geringe Erregung, die die Kandidatur Hindenburgs im In- und Auslande hervorgerufen hat, ebenso wie die derzeitige desinteressierte Haltung des Reichstagsjunkers Luther in seiner Antrittsrede, daß die Reichsregierung notwendig die Festhaltung der Staatsform beibehalten habe, zeigen gleichzeitig deutlich, daß die ersten beiden Gegenständen nicht unterschätzt werden dürfen. Andererseits spiegeln die Auseinandersetzungen in dem Vöckel-Ausschuß die Schwierigkeiten wider, die sich bei der Frage des Thronpräsidenten heute noch ergeben.

4. SPD und Reichsbanner, das Erwachen des Klassenbewußtseins bei den SPD-Arbeitern.

Der Hinauswurf der SPD aus den Regierungen im Reich und in Preußen erfolgte, weil sich der härteste Teil der Bourgeoisie, die Schwerindustrie, der Arbeiterbewegung in überlegenem Maße und bewährter Agenten verriet und sie für sich medienmäßig als „Opposition“ verwendete, d. h. als heilungswillige Vöckelische (soll heißen) heilungswillige Hausmacht, und freiwillige Gruppierungen in jeder Form. Diese Hinausdrängung der SPD, die sie zur „Opposition“ zwang, hat ihre Stellung innerhalb der Massen unendlich gefestigt. Es ist besonders bemerkenswert, daß die Stärkung des Einflusses der SPD auf die Arbeiter bei den Reichstagswahlen, ebenso wie bei den Reichstagswahlen im Dezember sich deutlich zeigte, obwohl die SPD nicht als parlamentarische Opposition, sondern als der jähmte Teil der bürgerlichen „Opposition“ auftritt. Der SPD, und dem Reichsbanner ist es trotzdem gelungen, breite proletarische Massen unter der Fäuste gegen die Reaktion, für die Republik“ auf ihre Seite zu bringen. Das ist ein Beweis dafür, daß wir, bei durchaus richtiger politischer Linie in einzelnen Propaganda, Agitation, Mandat) Fehler gemacht haben.

Die ersten Anzeichen einer ernsthaften Auflehnung der SPD-Arbeiter gegen die „republikanische“ Koalitionspolitik zeigten sich beim zweiten Wahltag der Reichspräsidentenwahl. Die Kandidatur Braun war bei der Arbeiteropposition der SPD als Beginn der Rückkehr zur Klassenpolitik aufgefaßt worden. Diese Haltung mußte sich der eckhalte, dabei auch noch unabhängig durchgeführte Rubrikal zwischen SPD und Zentrum, der zur Marx-Kandidatur führte, auswirken. Die Kandidatur Hindenburgs hat die Rebellion in der SPD, nur vorübergehend gedämpft, sie konnte die offene Rebellion der Arbeiter in den oppositionellen Kreisen (besonders wo eine starke proletarische Arbeiterbewegung vorhanden ist) nicht mehr verhindern.

Aber das zeigt der SPD, daß sie es noch nicht verstanden hat, in relativ günstiger Situation die nötige Selbständigkeit, Risikofähigkeit, Gewandtheit, bei größter Festigkeit und Klarheit in allem Grundgedanken anzuwenden. Die Partei muß schnell die Folgerungen ziehen und lernen, ihre richtige Linie, die durch die Ereignisse bestätigt worden ist, viel besser und mit viel größerem Erfolg bei den Massen, und zwar den Arbeitermassen, wie den Kleinbürgerlichen (insbesondere auf dem Lande, bei den Kleinbauern) lebendig zu machen und durchzuführen. Der verhärtete schichtliche Terror und das zu erwartende noch allernere Widmenten der bürgerlichen „Republikaner“ sowie der SPD-Führer nach rechts wird das Reichsbanner zerschlagen, wenn wir nicht werden, diesen Prozeß zu fördern und den Massen klarzumachen. (Diese Zerlegung hat in allen Teilen des Reiches durch die Verbrüderung der proletarischen Reichsbannerleute mit dem KZB und Jungtum begonnen und muß systematisch gefördert werden.) Diese Abkehr der SPD-Arbeiter vor der bürgerlichen Politik und ihr Wille, gegen die Reaktion zu kämpfen, wird die Opposition in der SPD, stärken, die „linken“ Führer

der SPD werden dann erneut die Rolle von „Puffern“ zu spielen suchen. Ihnen das durch „Unterstützung“, „so, wie der Stütz der Gehängten unterstützt“, unmöglich zu machen, ist eine Aufgabe der SPD. So bietet sich der SPD, die Möglichkeit, den Republik-Schwund der SPD, und die Abwürgungsmethoden bei den Wirtschaftskämpfen zu durchbrechen und die Arbeitermassen auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen, gleichzeitig aber alle ihre korrupten Führer, die rechten wie die „linken“, als Agenten der Bourgeoisie zu entlarven. Unsere wichtigste strategische Aufgabe ist es, die Führung des wirklichen Kampfes gegen die Hindenburg-Reaktion zu erringen, die Unfähigkeit der Hindenburg-Republikaner zum wirklichen Kampf gegen die Monarchisten nachzuweisen, dadurch ihren Einfluß zu brechen und alle oppositionellen Strömungen in die Richtung des proletarischen Klassenkampfes zu lenken.

2. Unsere Aufgaben

Die Aufgaben der Partei sind durch den Januar 3. A. vollkommen richtig bestimmt worden. Die Sammlung der Massen um Teilforderungen zu Teilkämpfen, die Eroberung der Gewerkschaften und die Schaffung besserer Positionen in den Betrieben bleibt unsere dringende Aufgabe. Angesichts der politischen Zustimmung und der Korruption großer Teile der Arbeiterklasse durch die bürgerliche Reichsbannerpolitik ist es jedoch notwendig, die wirtschaftlichen Forderungen enger mit politischen zu verknüpfen und der Politik durch die beherrschende Klasse zu sichern: den Kampf gegen die Kapitaloffensive, gegen die Dames-Votens mit dem Kampf gegen die monarchistische Reaktion zu verbinden und zu betonen, daß die ökonomischen Verbesserungen von politischen Erfolgen abhängen. Nur wenn wir den Zusammenhang zwischen der von der SPD propagierten Dames-Votens und dem Vorkampf der imperialistischen-monarchistischen Reaktion klar aufzeigen und die antimonarchistische Kampforganisation mit den wirtschaftlichen Klassenforderungen des Proletariats und unseren endgültigen propagandistisch verknüpfen, werden wir die Führung im Kampf gegen die Reaktion erringen, die Zerlegungsmethoden der SPD, parieren, die proletarische Rebellion im Lager der SPD, fördern und auch die Kleinbürgerlichen, von der Hindenburg-Politik bedrohten Schichten unserer unteren Führung bringen und zu Verbündeten des Proletariats machen. Unser Kampf für Teilforderungen findet zunächst seinen organisatorischen Sammelplatz in der Kampagne zur Vorbereitung des DVB-Kongresses und der Verbandstage. Er muß politisch konzentriert werden auf die Propaganda der internationalen und nationalen Gewerkschaften, auf das Einfließen der deutschen Gewerkschaften an das englische (Anschluß der deutschen Gewerkschaften an das englische Einheitslokal, Entsendung von Gewerkschaftsdelegation nach Rußland) zur Abwehr der internationalen Kapitaloffensive und des drohenden imperialistischen Krieges. Die Einbeziehung der Wirtschaftskämpfe in diesem Zusammenhang ist in ihrer Stärkung und Zusammenfassung notwendig. Die Fragen: Was tut der DVB gegen die Hindenburg-Luther-Reaktion, für den Achtundbentag, für die Amnestie, für die Gewerkschaftseinheit? — müssen bei der Arbeit im Proletariat im Vordergrund stehen. Gleichzeitig müssen wir unsere konkreten Forderungen stellen und um diese nicht nur die Proletarier, sondern auch die Kleinbürger und Bauern sammeln, und zwar so, daß wir den politischen Sinn unseres Kampfes klar machen, ohne daraus ein Steuerprogramm zur Rettung des Proletariats vor dem Dames-Votens zu machen.

Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß nicht die jarmel gefüllte Frage: „Republik oder Monarchie?“ im Mittelpunkt steht, und daß die SPD diese Frage nur aus demagogischen Gründen in den Vordergrund rückt, um mit allgemeinen republikanischen Phrasen, die zu nichts verpflichten, ihre bürgerliche Politik, die Reaktionspolitik, zu rechtfertigen, während sie selbst demagogisch und stumpfsinnig zugleich, gar nicht an die vorhandene monarchistische Gefahr glaubt. Wir müssen dagegen auf die Frage des Kampfes gegen die monarchistische Reaktion eine konkrete, dem Arbeiter verständliche Antwort geben, durch die er von der Notwendigkeit unseres Endzieles und unserer Kampfmethoden überzeugt wird. Nur wenn wir diese Frage als Klassenfrage stellen und beantworten, den Zusammenhang mit der Dames-Situation herstellen, die Scheinpositionen der SPD, und der anderen „republikanischen“ Parteien entlarven, werden wir die Aktivität der proletarischen Massen, die jetzt durch das Reichsbanner in die Bahn der bürgerlichen Politik gelenkt wird, in die Bahn der proletarischen Revolution lenken.

1. Im Vordergrund muß der außerparlamentarische Kampf gegen die monarchistische Reaktion und gegen die Kapitaloffensive stehen, die Sammlung des Proletariats (Gewerkschafts-einheit, Betriebsratbewegung, rote Frontkämpfer), das Bündnis aller Werktätigen gegen die Ausbeuter und ihre Regierung, ihre Monarchie.

2. Wir müssen für die demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung gegen die Reaktion kämpfen, gleichgültig, ob diese als monarchistische Restauration oder als legale „republikanische“ Verfassungsreform auftritt. Wir müssen zeigen, daß die bürgerliche Demokratie weder den gemäßigten Übergang zum Sozialismus ermöglicht, noch auch nur Sicherheit vor der Reaktion gibt, daß sie aber im Vergleich mit einer absolutistischen, monarchistischen Staatsform den Klassenkampf erleichtert, weil sie die Klassenfragen offener, unerschütterter zu stellen erlaubt, breiteren Massen die Teilnahme an politischen Leben eröffnet, die bürgerlichen Massen leichter in ihre Fraktionskämpfe dringt und so das Proletariat härtet, wenn es diese Erscheinungen auszunutzen versteht. Die entscheidende Frage ist aber nicht die der Staatsform, sondern die des Machtverhältnisses der Klassen. Solange die reaktionäre Bourgeoisie die gesamte Staatsmacht angedrückt durch die Klassenkraft des Proletariats ausübt, ist der Vormarsch der Reaktion und die Einschränkung auch der elementarsten bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiterklasse unermesslich. Der Kampf gegen die monarchistische Reaktion kann nur unter der Führung des Proletariats als Klassenkampf geführt werden. Wir Kommunisten betonen, daß wir diesen Kampf gegen die monarchistische Reaktion in jeder Form zu führen und zu unterstützen bereit sind, daß wir aber dabei auch nicht das geringste aufgeben von unseren Grundgedanken, d. h. daß wir wissen, ohne Diktatur des Proletariats und ohne Republik gibt es keine stabile Republik und keine Garantie vor Reaktion und Monarchie.

3. Um die durch den Republik-Schwund irreführten Massen von der Richtigkeit dieser Grundzüge zu überzeugen und ihnen in die Notwendigkeit des selbständigen Vorgehens des Proletariats gegen die Schwarzweißrote und die schwarz-rot-gelbe Gruppe der Bourgeoisie begrifflich zu machen, um ihnen zu zeigen, daß die „republikanischen“ Parteien keinen ernsthaften Schritt gegen die monarchistische Reaktion tun wollen und können, müssen wir:

a) in Verbindung mit unseren Forderungen gegen den Dames-Votens diejenigen politischen Teilforderungen propagieren, die ein Mindestprogramm zur Niederlegung der monarchistischen Reaktion und zur Sicherung der elementarsten demokratischen Rechte der Arbeiterbewegung enthalten;

b) uns bereit erklären, mit der SPD, und den „republikanischen“ Parteien von Fall zu Fall zusammenzugehen, soweit sie die elementarsten Mindestforderungen erfüllen, wobei wir von vornherein wissen, daß, falls ein solches Zusammengehen zustande kommt, stets unsere zeitweiligen „Verbündeten“ — verbunden durch ein zeitweiliges gemeinsames Ziel (zum Beispiel in einer ähnlichen Situation wie beim Kapp-Putsch) — immer unsere Feinde sind und sich in einem bestimmten Augenblick als solche demastieren müssen, zweitens, daß nicht wir mit ihnen, sondern sie mit uns gehen (gewonnen durch Massenarbeit und durch unsere Initiative), und drittens, daß sie in jedem Augenblick uns und die Massen zu betrügen bereit sind, was wir vorher zeigen.

Da diese Mindestforderungen zu ihrer Durchführung eine vollkommene Zerlegung des heutigen Staatsapparates der Bourgeoisie bedingen, weil dieser in der Hand der Monarchisten ist, werden wir gerade durch ein solches Mandatieren eine konkrete, den Massen verständliche Propaganda für den proletarischen Staat entwickeln können und betonen, daß die Republikaner weder kämpfen können noch wollen, und daß ihre Republik verloren ist.

*) Wir bringen heute die Resolution zur politischen Lage. Die anderen Beschlüsse und den Bericht lassen wir folgen.

Die Ergebnisse der Organisationsberatung der Sektionen der K.Z.

Von Dipp Viatnista

Die Institution der Funktionäre und der „Vertrauensleute“

Die Vollständigkeit der Mitglieder, von der ich gesprochen habe, ist dazu beigetragen, daß die Institution der Funktionäre und Vertrauensleute geschaffen worden ist und sich in der Parteiorganisation festgelegt hat. Diese erörterten und entschieden die politischen und Parteifragen, ohne von den Parteimitgliedern dazu herabgelassen zu sein. Das hat wiederum die Vollständigkeit der Parteimitglieder verstärkt, denn diese wurden zur Erörterung oder Entscheidung der wirtschaftlichen, politischen und Parteifragen nicht herangezogen. Die Versammlungen der Funktionäre und Vertrauensleute erließen tatsächlich Kanon- und Parteiparteifragen und es gab Fälle, wo sie Beschlüsse fällten, die den Beschlüssen der entsprechenden Parteikonferenzen direkt widersprachen. Das System der Funktionäre ist in jenen Ländern verbreitet, wo feste sozialdemokratische Organisationen vorhanden sind, in Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich usw., von denen unsere kommunistischen Parteien dieses System übernommen haben. Die Parteileitungen stellen den aktiven Arbeitern in der Partei, den Gewerkschaften und Genossenschaften jährlich einen Ausweis zur Teilnahme an den Funktionärenversammlungen des Kantons oder der Stadt aus, der ihnen das Recht gibt, an den Funktionärenversammlungen teilzunehmen. Im Laufe dieses Jahres konnten sie sogar die Arbeit wechseln, sie betrachteten sich aber auch weiterhin als Funktionäre und nahmen auch weiterhin an den Funktionärenversammlungen teil. Aus dem Protokoll der Organisationsberatung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg vom 8. April 1928 ist ersichtlich, daß von 18 Kontrollierten Funktionären nur eine einem Genossen gehörte, der Mitglied einer Betriebszelle war. Von 50 Funktionären des 15. Verwaltungsbezirktes in Berlin gehörten nur zwei Parteigenossen, die in Betriebszellen arbeiteten. Auf diese Weise sind die verantwortlichen Parteifunktionäre der Zellen, Sekretäre und Vorsitzende — in Berlin auf den Berliner Funktionärenversammlungen nur in äußerst geringer Anzahl vertreten und können keinen Einfluß auf Beschlüsse der Funktionäre ausüben. In seinem Bericht über die Parteiorganisation in Klarna (Tschechoslowakei) hat der Genosse Kreislich erklärt, daß die Funktionärenversammlungen alle wichtigen Fragen erledigen, während die Parteikonferenzen, die selten einberufen werden, sich mit unwichtigen Dingen beschäftigen.

Die Frage der Institution der Funktionäre hat auf der Organisationsberatung und in der Kommission, die über den Aufbau der führenden Parteioorgane und des Parteiapparates beriet, und die aus je einem Vertreter der 9 größten kommunistischen Parteien und der kommunistischen Jugendinternationale bestand, große Debatte hervorgerufen. Die Frage der Schließlichkeit des Weiterbestehens der Institution der Funktionäre in der heutigen Form wurde mit allen Stimmen, außer den Vertretern der K.P.D., entschieden; diese schlugen vor, den Funktionärenverhältnissen das Recht der Entscheidung über Parteioorgane zu geben.

Die Organisationsberatung sprach sich in ihrer Resolution, die vom erweiterten Erntebestitz worden ist, nicht aus gegen Beratungen der Sekretäre oder der Zellenleitungen, der Sekretäre oder der Leitungen der Organisationen in breiten Massenorganisationen von Arbeitern und Bauern oder von Genossen, die die eine oder die andere Parteiarbeit leisten, zur Erörterung irgendwelcher Partei-, Gewerkschafts- oder Genossenschaftsfragen oder Kampagnen; sie empfiehlt sogar den lokalen Parteileitungen, solche Beratungen einzuberufen, sie sollen sich jedoch gegen die Institution der Funktionäre, in der Form, wie sie bis heute bestanden hat, aus und nimmt entschieden gegen die Institution von Kanon- und Organisationskonferenzen durch die Institution der Funktionäre Stellung. Die Resolution empfiehlt die periodische Einberufung von Kanon- und Organisationskonferenzen, wobei ihre Tagesordnung vorher in den Zellen erörtert werden soll, bevor diese ihre Delegierten zu diesen Parteikonferenzen wählen.

Die Betriebszeitungen

Die Betriebszeitungen haben in Weiteuropa schnell Verbreitung gefunden. In Deutschland bestehen über 1000, in Frankreich über 500 Betriebszeitungen. Sie werden auch in der Tschechoslowakei, Österreich, England und in anderen Ländern herausgegeben. Sie unterscheiden sich von den russischen Betriebszeitungen dadurch, daß diese in der U.S.S.R. Wand-

zeitungen sind, während es im Westen nicht möglich ist, sie ungeschädigt in den Betrieben an den Wänden zu platzieren. Deshalb werden sie illegal auf verbotene Weise vervielfältigt (hektographiert, photographiert oder auf der Schreibmaschine) und in hunderten, manchmal auch in tausenden von Exemplaren unter den Arbeitern des betreffenden Betriebes verbreitet.

Zum größten Teil werden diese Zeitungen ausschließlich von den Zellenmitgliedern hergestellt. In einigen Zeitungen finden wir sehr interessante Zeichnungen und Karikaturen. Die Zellenleitungen sind zum unerschöpflichen Bestand der Arbeit der Zellen geworden. Mit Hilfe dieser Zeitungen üben die Mitglieder der Zellen in den Betrieben, wo die Zellen nicht offen auftreten können, ihren Einfluß auf die Arbeiter aus. In Zellen werden heute statt der Zellenleitungen von den Parteimitgliedern keine Flugblätter über aktuelle Fragen herausgegeben, die einen großen Einfluß auf die Arbeiter ausüben. Die Betriebszeitungen haben noch viel zu tun. Die einzelnen Zellenleitungen haben sich ausschließlich mit Politik und wiederholen das, was schon die Tageszeitungen der Partei gelangt haben, die anderen beschäftigen sich ausschließlich mit Politik und wiederholen das, was schon die Tageszeitungen der Partei gelangt haben, die anderen beschäftigen sich ausschließlich mit Politik und wiederholen das, was schon die Tageszeitungen der Partei gelangt haben.

Die Schwäche des Apparates der lokalen Parteioorgane

Auf der Organisationsberatung wurde bestätigt, daß in einer ganzen Reihe von Städten in der Tschechoslowakei, Frankreich und England kein einziger händiger Parteiarbeiter vorhanden ist, der sich den ganzen Tag mit Parteiangelegenheiten beschäftigt. Der Parteiapparat ist hauptsächlich in den Bezirken konzentriert. In den 29 Kantons des Parteidirektors beginnen die Kanonleitungen und ihre Vorstände ihre Arbeit taglich erst nach der Arbeitszeit, da sogar der Sekretär des Komitees im Betrieb arbeitet oder irgendwie angestellt ist. In vielen Städten Englands haben die Stabsleitungen keinen ständigen Parteiarbeiter, von den Kanonkomitees erst gar nicht zu reden. In Amerika gibt es in den Kleinstädten Chicago oder Boston überhaupt keine Kanonleitungen, sondern nur Stadtleitungen für Boston oder Chicago.

Mit einem solchen Organisationsapparat, der einer solchen Lage kann man keine feine disziplinierte, zentralisierte, elastische Parteiorganisation schaffen.

Wie kann man die Bezirksleitung oder die Ortsleitung einer großen Stadt schnell auf die Ereignisse reagieren und sich in die Arbeitspläne einmischen, wenn in den Kanonleitungen kein ständig arbeitender Apparat vorhanden ist, wenn nicht einmal ein Sekretär da ist, der die ganze Zeit in der Kanonleitung arbeitet. Wie kann eine Orts- oder Bezirksleitung schnell Direktiven weitergeben, wenn in den Orten keine Organe da sind, die diese Direktiven durchgeben können. Mit einer solchen Lage kann man sich beim früheren Organisationsapparat zufrieden geben, wo die Parteimitglieder einmal monatlich oder einmal in drei Monaten zusammenberufen wurden und wo die Funktionäre und Vertrauensleute alle Kräfte an die Spitze der Organisation, anstatt der Parteimitglieder ergriffen und entschieden. Aber damit darf man sich nicht zufrieden geben, wenn die Partei auf der Grundlage von Betriebszellen organisiert ist, denn wir werden nur dann unsere Stellung in den Betrieben behaupten, wenn unsere Zellen aktiv sein werden, wenn sie sich in alle Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern einmischen werden, wenn sie die Unzufriedenheit der Arbeiter in den richtigen Strom des Klassenkampfes lenken werden. Und das ist nur möglich, wenn das Kanon- oder Unterbezirkskomitee die Zellen richtig instruiert und ihre Arbeit verfolgen wird. Das erfordert keineswegs, daß ein Genosse, sogar ein Sekretär, sich ständig mit der Parteiarbeit befaßt.

Die Organisationsberatung hat die kommunistischen Parteien darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig ist, die Arbeit der Unterbezirks- und Kanonkomitees zu verstärken und einen Genossen heranzustellen, der sich ständig mit der Parteiarbeit befaßt.

Im Reichsbanner gärt es!

Reichsbannerleute an alle proletarischen Kameraden des Reichsbanners.

Das inhaltliche Gehör der „Republikaner“ über den „Schuh der Republik“, über den „Kampf“ gegen die Reaktion, dem seine Taten folgten, hat viele proletarische Elemente des Reichsbanners zur Reue gebracht. Das dauernde Ablehnen der alten Waise, daß die Kommunisten „Herrscher der Reaktion“ seien, während in Wirklichkeit nur die Kommunisten gegen die Konarischen Kämpfer, hat ebenso die für die „Republikaner“ unerwünschte Wirkung gehabt, daß die Kameraden des Reichsbanners, die sich noch etwas Klassenbewußtsein bewahrt haben, sich gegen die schwarz-rot-gelben Panzen wenden. Wir veröffentlichen nachstehend einen Brief einiger Reichsbannerleute an ihre proletarischen Kameraden, der klar zeigt, welchen Weg die proletarischen Kameraden des Reichsbanners gehen müssen.

Wir bemerken von vornherein — damit die S.D. Panzen gar nicht erst damit anfangen können — daß dieser Brief kein „Kampf“-Brief ist, wie ihn die sozialdemokratische Presse während des Dezember-Wahlkampfes verwarf. Die Adressen der proletarischen Kameraden liegen uns vor. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Die Wohlthat ist geschlagen. Die Reaktion ist als Sieger hervorgegangen. Hindenburg, der Hohnhater der Hohenzollern, ist Präsident der Republik geworden.“

Soll unter Kampf, den wir gegen die Reaktion geführt haben, nutzlos gewesen sein?

Kameraden! Andere Führer verlangen von uns, daß wir Hindenburg, dem letzten Mann der Reaktion, Klopff und Ehrenbezeugungen entgegenbringen. Es sind dieselben Führer, die vorher von uns den schärfsten Kampf gegen Hindenburg, gegen die Reaktion verlangten. Wo bleibt der Kampf? — Alle sind sie umgefallen. Das Zentrum, die Demokraten haben sich schon als Diener und Gepädträger für die Hohenzollern, paraden, für Hindenburg erklärt. Die Sozialdemokratie ist auf dem besten Wege dazu. Herr Otto Braun, preussischer Landesminister, bittet um die Freundschaft der Deutschen Volkspartei mit folgenden Worten: „Herr von Campe, kehren Sie zurück zur großen Koalition, wir haben uns immer so gut verstanden.“ Wo auf Deutsch ungeläch: Stresemann lehrt zurück, dir ist alles vergeben! Die Sozialdemokratie will wieder mit ihnen gehen, die den Jehstudenarbeitslag fordern, Friedensmiete und neue schwere Steuern für das Proletariat verlangen. Wo bleibt da das Programm der Sozialdemokratie?

Kameraden! Derselbe Landesminister mag weiter in keiner Rede zu sagen: „Ich kann das Vorgehen des Reichsbanners und seines Führers Herking nicht billigen, aber wir brauchen das Reichsbanner.“ Ja, zu was brauchen sie uns? Um für Hindenburg Ehrenpalast zu bauen.

Proletarier vom Reichsbanner! Laßt die im Reichsbanner organisierte Bourgeoisie Spalier stehen, die sich während der Wahl anständig in ihren Maukelöcken verkrüppelt hat. Die Proletarier des Reichsbanners aber laßt demonstrieren gegen Hindenburg.

Kameraden! Der Rote Frontkämpferbund hat uns die Hand gereicht. Es muß Pflicht eines jeden Proletariats sein, diese Hand anzunehmen, denn die Roten Frontkämpfer sind die einzigen, die die Reaktion mit uns gemeinsam schlagen. Das Zentrum und die Demokratie schläft weiter. Alle proletarischen Reichsbannerkameraden müssen an die Sozialdemokratie folgende Forderung stellen:

Sozialdemokraten, laßt zurück zur Politik Reuels, Diebstahls, Mord und Völkerei, und ihr werdet leben, es ist das Programm der kommunistischen Partei!

Nur die Einigkeit der Arbeiter kann die Reaktion besiegen. Darum zeigt der Reaktion am Einzugsstange Hindenburg, daß die Arbeiterklasse einig ist und proklamiert den 24stündigen Generalstreik. Stellt auch diese Forderung an die Sozialdemokratie. Sollte diese die Forderung nicht erfüllen, kann heraus aus dem Reichsbanner, hinein in den Roten Frontkämpferbund!

Es lebe die Einigkeit der Arbeiterklasse!

Es lebe die Gemeinlichkeit aller Proletarier!

Mit Frei-Heil und Rot-Front!

ges. Max Weger, Bruno Wolff, Fritz Will, Walter Regelst, Werner Regelst, J. Binder, E. Bloch

Mitglieder des Reichsbanner der Gruppen Tiergarten und Schöneberg (Berlin).

Hier ist ein Weg gezeigt.

Hier treten Klassenbewußte Arbeiter auf und wenden sich mit Ekel ab von dem Geschwafel und Gerede und den klärenden Lügen, die die schwarz-rot-gelbe Presse täglich ipseiling über die Kommunisten verbreitet. Ebenfalls wie die lieben Berliner Kameraden müssen alle ehrlichen Proletarier im Reichsbanner den Ruf erheben:

Heraus aus dem Reichsbanner!

Hinein in den Roten Frontkämpferbund! und dem Ruf die Tat folgen lassen.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden. — Druck: „Beunag“, Filiale Dresden. — Verantwortl. Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

DIE REBELLEN

„Erinnerungen aus der Revolutionszeit“

von V. E. Dybenko

Deutsch von Eduard Schlemann

Verlag Carl Heym Nachf. Louis Gehobles, Hamburg 5

(34. Fortsetzung.)

In diesem Augenblick nähert sich eine Gruppe von Kosaken. Sie fordern meine Bekehrung und laden mich ein in ihre Kaserne zu kommen. Da ich ihrer Unterstützung sicher bin, wende ich mich an sie mit der Frage:

„Ist Kerenstj hier?“

„Ja.“

„Ich verlange, daß sofort eine Wache aufgestellt wird. Ihr werdet zur Verantwortung gezogen werden, wenn es Kerenstj gelingt, zu fliehen.“

Der Kosakenoffizier aus der Delegation bleibt am Tor des Palais zurück, um die Bewachung Kerenstj zu beaufsichtigen. Wir betreten die Kaserne. Es herrscht Halbdunkel. Die Kaserne ist gedrängt voll von erwachenden Kosaken. Müde, ungewaschene Gesichter. Sie liegen auf den Pritschen und sehen uns an. Unter den Kosaken sind viele Offiziere. Ich erzähle ihnen von dem Umsturz, von den Ereignissen der letzten Tage, — daß die Provisorische Regierung gestürzt sei, und daß Kerenstj's Versuch, die Gewalt an sich zu reißen, sinnlos sei und keinen Erfolg haben könne. Er sei mit unnützen Opfern von Seiten der Kosaken verbunden.

„Kerenstj will euch Kosaken wieder zu Gendarmen machen, und den Haß des ganzen Volkes und Verfolgungen auf euch laden.“

Einige Offiziere rufen aus:

„Und die deutschen Spione in eurer Regierung — Lenin und Trozki?“

„Nicht die deutschen Spione haben die Nacht ergriffen, sondern die Arbeiter, Bauern und Soldaten. Die Flotte

hat in den Moon-Sund-Kämpfen der Revolution ihre Treue bewiesen, und die Flotte tritt als erste für die Sowjetmacht ein.“

Die Kosaken schielen nach den Offizieren und murmeln: „Richtig, die Matrosen sind unsere Brüder, wir gehen mit ihnen.“

Eine Stunde später kann die Kaserne alle herbeiströmenden Kosaken und Offizierschüler nicht mehr fassen. Es findet ein Meeting statt. Gegen acht Uhr morgens ist es zu Ende. Die Kosaken sind jetzt damit einverstanden, Kerenstj sofort zu verhaften, aber sie müssen sich vorher mit ihrem Komitee verständigen.

Von einigen hundert Kosaken begleitet, gehe ich zum Palais.

Gegen zehn Uhr versammelt sich der Sowjet, der fast ausschließlich aus Offizieren besteht. Ich wende mich an die Kosaken:

„Erlaubt mir, das ist ja ein Offiziersowjet, wo sind denn die Kosaken?“

Rufe: Er hat recht!

Es werden sofort einige Kosaken in den Sowjet aufgenommen. Lange suche ich den Sowjet von der Notwendigkeit zu überzeugen, Kerenstj sofort zu verhaften, und weise darauf hin, daß es bald zwölf ist, die Stunde, in der der Angriff der Matrosen und Gatschinas Beschließung beginnen sollen.

Kerenstj befand sich in diesem Augenblick, nur durch ein Zimmer getrennt, neben dem Sitzungssaal. (Sein Adjutant horchte die ganze Zeit in den Saal hinein, während ich mit dem Sowjet verhandelte.)

Gerade in dem Augenblick, als die Frage der Bekehrung Kerenstj's zur Abstimmung gelangt, tritt der diensttuende Offizier in den Saal und verliest ein Telegramm:

„Aus Luga sind zwölf Transporte mit Stotruppen abgegangen. Sie werden abends in Gatschina eintreffen. Slawinkow.“

Das Telegramm rief unter den Kosaken eine merkwürdige Verwirrung hervor. Die Stimmung begann zu schwanken. Man stellte mir Gegenbedingungen, ich sollte einen Vertrag unterschreiben, in dem die Kosaken den bewaffneten Kampf gegen uns unter der Bedingung aufgaben, daß man sie, ohne ihnen die Waffen zu nehmen, nach Hause gehen ließe.

Einerseits mußte man Zeit gewinnen, damit die Matrosen sich Gatschina nähern und die Kosaken leichter übertrumpfen konnten, andererseits mußte Kerenstj — noch bevor die Stotruppen da waren — unbedingt verhaftet werden. Offenbar wollte auch General Krasnow Zeit gewinnen, um die Ankunft der Stotruppen abzuwarten. Um mein Ziel zu erreichen, entschloß ich mich zu einem „taktischen“ Mittel und unterschrieb den Vertrag.

Der Vertrag ist unterschrieben. Es wird ein einstimmiger Beschluß gefaßt, Kerenstj sofort zu verhaften. Inzwischen hatte Kerenstj, der den ganzen Verhandlungen folgte, nicht den Mut, im letzten Augenblick unter den Kosaken zu erscheinen und zu erklären, daß er bereit sei, auf seinem Posten zu sterben, und daß er gegen dieselben, für die Kosaken schmachvollen Vertrag protestiere. Er verkleidete sich als Frau und hochschmahl — damit verließ er seine Anhänger, die ihm bisher gefolgt waren. Mein Begleiter, der Matrose Trufschin, der Kerenstj die ganze Nacht beobachtet hatte, teilte mir eilig mit: „Kerenstj ist in Frauenkleidung durch den Hof gegangen.“ Möchte er! Seine Flucht ist kein politischer Tod.

Die Kosaken, die Kerenstj verhaften wollten, kamen zurück und meldeten, daß Kerenstj geflüchtet sei. Die Enttarnung war ungeheuer; die Kosaken und Offizierschüler sandten sofort nach allen Richtungen Telegramme:

„Kerenstj ist schmachvoll geflohen, hat uns verräterisch unserem Schicksal überlassen. Jeder, der ihm begegnet, wo es auch sei, muß den Feigling und Verräter verhaften. Der Kosakenowjet des dritten Korps.“

(Fortsetzung folgt.)

Veranstaltungskalender

Abrechnung der Parteibiträge. Der letzte Termin der Abrechnung der Beiträge bis mit Monat April ist der 10. Mai 1925 gewesen. Es gilt, Bernachlässigtes sofort nachzuholen.

U. 6. Alle Kassierer müssen am Mittwoch im Sekretariat erscheinen. Reiterkarten, Mahlscheine und Sammelzettel abgeben.

KPD, Groß-Dresden. Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im „Körnergarten“, Große Meißner Gasse: **Allgemeine Mitgliederversammlung.**

Sämtliche Zellengruppen-Versammlungen fallen am Freitag, den 15. Mai, aus!

KPD, Holzarbeiterfraktion Dresden. Mittwoch, den 13. Mai, nachm. 5 Uhr: Fraktionsversammlung im Rest. „Stadt Plauen“, Kleine Plauensche Gasse.

U. 6. Am Mittwoch, den 13. Mai 1925, abends 7.30 Uhr, Güterbahnhofstraße 24, Sitzung. Erscheinen aller Genosseninnen ist Pflicht. Die Leitung.

Zentrum 3. Zellensitzungsversammlung. Donnerstag, den 14. Mai, nachmittags 5 Uhr, in Stadt Plauen, Kleine Plauensche Gasse. Betriebsstellen erscheint vollständig. Erwerbslose Genossen, Genossen ohne ständigen festen Arbeitsort und Hausfrauen haben unbedingt mit zu erscheinen. Die Leitung.

KPD, Dresden Zentrum, 3. Distrikt. Mittwoch, den 13. Mai, Funktionärsumkunft bei Gen. Schierack, Reichsstr. 2, 1. Et., abends 8 Uhr.

Referentenbesprechung

Sonnabend, den 16. Mai, abends 8 Uhr im Stadtcasé. Erscheinen aller dringend notwendig.

Ortsgruppe Freital. Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Stadt Dresden“, Postenstraße, allgemeine Mitgliederversammlung. Referat: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Referent: Genosse H. Renner. Alle Parteigenossen haben vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Tharandt. Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im Restaurant „Zum Hirsch“: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Ortsgruppe Pirna. Donnerstag, den 14. Mai 1925, abends 7.30 Uhr, Vorstandssitzung.

Pirna. Freitag, den 15. Mai, abends 7.30 Uhr im „Volkshaus“: Mitgliederversammlung für Groß-Pirna.

Reichenau. Sonnabend, den 16. Mai, abends 7.30 Uhr: Mitgliederversammlung bei Gen. Kemmler.

Arbeitsgebiet Hirschfeld. Sonnabend, den 16. Mai, nachmittags 5 Uhr in Raths Gasthof, Hirschfeld: Wichtige Arbeitsgebiets-Mitgliederversammlung.

Arbeitsgebiete Ebersbach-Taubenheim. Sonntag, den 17. Mai, vormittags 9 Uhr im Sportlerheim in Ebersbach: Beginn des Leninkurses. Die Leitungen der Ortsgruppen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß aus jeder Gruppe eine gute Beteiligung erfolgt. Teilnehmern haben sämtliche Funktionäre.

Heidenau Heidenau
Goermus-Konzert für Kinder
heute nachmittags 5 Uhr. Erwerbslose und Sozialrentner haben Zutritt.
Eintritt 25 Pfg.

Abends 8 Uhr:
Volkslieder aus allen Ländern.
Eintritt 60 Pfg.
Beide Konzerte finden in der Pestalozzischule statt.

Theater am Wasaplatz
Heute und folgende Tage:
Der Gott der Rachel!
Drama in 3 Akten von Schalom Asch
Beginn Wechentags 8 1/4 Uhr, Sonntags 7 1/4 Uhr
Sonn- und Feiertags, 3 1/4 Uhr nachmittags:
Hänsel und Gretel
Kindernärrchen von Henric

Tymians Täglich
Das Thalia-8 Uhr
einzig wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Ch. F. Barthel
Inhaber: Anna Löser
Freiberg i. Sa. - Obermarkt Nr. 1
Stückgarne und Strumpfwaren
Tapisserte- und Fantasieartikel

Nicht
umsonst
aber sehr vorteilhaft
kauft man im
Freiberger
Schürzenhaus
L. Müller
(früher Köhn)
Fischerstraße 4
neb. Erbische Str.

Selthennersdorf
Rauchtabak - Zigarren
Zigaretten - sämtliche
Kolonialwaren und
verschiedene Sorten
Wurstwaren
empfehlen stets preiswert
Karl Thomas
Selthennersdorf
beim Gaswerk 1763

ANZEIGEN
haben den dankbar
besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

KPD, Erwerbslose. Donnerstag, den 14. Mai 1925, im Restaurant Müller, Eppelstraße 18, nachmittags 2 Uhr, wichtige Erwerbslosenbesprechung. Erscheinen aller ist Pflicht. - Die Erwerbslosen-Zeitungen müssen nunmehr endlich bei Genossen richtig abgerechnet werden.

Komm. Jugend Mittd. S. Jeden Donnerstag, abends 7.30 Uhr im Restaurant Mittel, Fischhofplatz: Versammlung. Gäste willkommen.

Kommunistische Jugend Südwest. Donnerstag, den 14. Mai, außerordentliche Mitgliederversammlung im Roshof, Cotta, Klopshofstraße, Ecke Unterbarbarer Straße. Mitgliederarten sind mitzubringen. Gäste haben keinen Zutritt. Anfang 8 Uhr.

KPD, Bezirksleitung Ostschlesien. Uniformen. Die Lieferung erfolgt nur noch nach voller Anzahlung. Lieferzeit acht bis zehn Tage. Die Lieferzeit ist unbedingt von den Dresdner Kameraden einzuhalten, da auswärtige Ortsgruppen hintenangelassen werden sind. Der Preis der Uniformen beträgt ab 20. Mai 20 Mark, und zwar Wäse mit Lederriemen 2,50, Bluse 3,50, Hose mit Doppelboden 8 Mk. Lederriemen extra 40 Pf. Zahlungen sind im voraus zu leisten. Näheres im Rundschreiben.

KPD, Ortsgruppe Groß-Dresden. Alle Abteilungsleiterer von Strießen, Johannstadt, Neustadt-Ost, Neustadt-West, Zentrum, Zentrum, Südwest und Ost, sowie sämtliche Jungfräulein Sonnabend, den 16. Mai bei Weigert, Waldstraße 25, Zusammenkunft zwecks Abrechnung bis mit Mai Monatsausgabe.
Der Ortsgruppenleiterer.
KPD, Pirna. Sonnabend, den 16. Mai, abends 6.45 Uhr: Stellen am Volkshaus.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Gruppe Dresden-Mittstadt. Mittwoch, den 13. Mai abends 8 Uhr im Volkshaus, Zimmer 3, wichtige Gruppenversammlung. Es ist Pflicht, daß alle KPD-Genossen und Genossinnen pünktlich und zahlreich erscheinen.
Die Gruppenleitung.

Allgemeiner Mietbewohnerverein, Unterbezirk Trachenberge. Mittwoch, den 13. Mai, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant „Sauer“, Höfelner Straße.

Bezirkspielmannschaft 2. Bezirk Dresden vom 4. Kreis. Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrt) vormittags 8 Uhr in der Jakobshöhe, Jakobsgasse, Sitzung aller Obleute und Stabsführer. Tagesordnung wichtig, daher Erscheinen aller notwendig. Alle Zutreffenden sind an den neuergewählten Vorständen, Arthur Schramm, Dresden-Kais., Leubnitzer Straße 19, zu richten.

Größte Auswahl Billigste Preise
in
Leib-, Bett-, Haus- und Küchenwäsche
Steppdecken
Wollwaren
Unterröcke
Schürzen
Strumpfwaren
Oberhemden
Krawatten
Richard Haubmann
Wäsche- u. Wollwaren-Spez.-Gesch.
Freiberg Ecke Petrarustraße
Rinnengasse 1812

HANDSCHUHE
KRAWATTEN
OVERHEMDEN
HOSENTRÄGER
SPORTSTRÜMPFE
SOCKEN - KNÖPFE
finden Sie vorteilhaft im Spezialgeschäft

Georg Mühlings
Freiberg - Erbische Straße 1913

Bautzen!
Wo gehe ich Sonntags hin?
Gartenrestaurant
„Zur Erholung“
früher „Helterer Blick“
Vereinszimmer 1803

Ebersbach Ebersbach
Arbeiter! Schallplatten Stück 2 Mk.
Bei Bestellung von 6 Stück portofreier Versand nach allen Orten
Herm. Säuberlich, Ebersbach i. Sa.
Bitte Verzeichnisse verlangen! 1810

Mützen für Schule und Sport
Herrenhüte
empfiehlt
Hutgeschäft Salomo
Leutersdorf 1828

Feinste dänische Molkereibutter
Drei-Flaggen-Marke
lose, Pfund M. 2.20
1/2-Pfd.-Stück M. 1.05

Reines amerikanisches Schweineschmalz
96 Pf. je Pfund

Feinstes Weizenmehl
zum Preise von 23, 26, 30 Pf. je Pfd.

Bester gemahl. Zucker
34 Pf. je Pfd.

Schwere frische Eier
Stück 12 Pf. 1788

Röstkaffee
vorzüglich u. preiswert, in drei auslesenen Mischungen
Pfund M. 3.20, 3.80, 4.40

Alle anderen Waren in vorzüglicher Beschaffenheit zu günstigen Preisen

Rückvergütungs-Scheine
werden nicht nur auf alle Waren abgegeben

Konsumverein Vorwärts
Warenabgabe nur an Mitglieder

Ausnahmeangebot in Salzheringen

Feinste engl. Fettheringe
Pfund 40 Pfg.

Feinste deutsche Vollheringe
Pfund 30 Pfg.

Konsumverein Vorwärts
Warenabgabe nur an Mitglieder